DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 144, Samstag, 19. August 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben

»Niemand hat die Absicht, ...«



... den Menschen Angst zu machen.
... gegen Russland Krieg zu führen.
... Deutschland abzuwirtschaften.
... die Demokratie abzuschaffen.
... den Großkonzernen alles zu geben.
... die Menschen tot zu spritzen.

Dieses Bild von Kanzler Olaf Scholz (SPD) mussten wir uns nicht ausdenken und auch nicht ausmalen. Es kommt aus dem kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung: Commons, Pixabay, ein Nutzer namens s2dungnguyen Titelgestaltung: Feuerstacke/Sodenkamp/DW.

Völliger Vertrauensverlust in unsere Regenten. Nur noch ein Bruchteil der Bevölkerung vertraut der Regierung, ihren Worten, ihren Taten und selbst ihren Absichten. Das bekommen nun sogar Meinungsforschungsinstitute mit.

Krisen, Krisen, Krisen, Alternativlosigkeit, Lügen, Verarmung, Mord, Sinnlosigkeit und Krieg: Die Luft wird immer dünner im Führerhauptquartier der Gegenwart, die Atmosphäre wird zunehmend paranoid: Hinter jedem Winkel soll ein Feind lauern. Offene Zensur bricht sich Bahn (Seite 3). Die Machtbereiche der Geheimdienste wachsen. Geheimdienste, für die jeder fünfte Bürger kein Mensch, sondern »brauner Bodensatz« ist und die nun selbst ihren ehemaligen Chef verfolgen (Seite 4). Die Republik bröckelt zusehends.

Einen Ausweg soll ihnen der Abschied von der Demokratie an sich bieten. Konzerne drängen weltweit zur Macht und schaffen sich mit WEF und EU, WHO sowie UN eine alternative Welt, wo sie ohne Rückkopplung an Bürger von oben herab diktieren können. Denn das Volk, dieser »Bodensatz«, will einfach das Falsche: Frieden, Demokratie, Menschenrechte, Selbstbestimmung, ein angenehmes Leben. Und es erdreistet sich sogar, diese Versprechen einzufordern. »Deutschland will mehr Führung«, wird aus den desaströsen Umfrageergebnissen heraus gelogen, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) müsse noch weniger rote Linien kennen oder eben durch den Konzern-Aufsichtsrat ersetzt werden: Friedrich Merz (Blackrock-CDU). Doch auf den Straßen und Plätzen der Republik wird jede Woche klargemacht (Seite 6): Es geht hier nicht um Stil-Fragen, sondern darum, *wohin* wir geführt werden – in Krieg, Wahnwitz, Niedergang und Autokratie. Wir werden wie Kinder oder Häftlinge geführt, anstatt selber über unser Leben entscheiden zu können. Dagegen setzen die deutschen Demokraten seit dem 28. März 2020 ihr klares Nein (Seite 16) und ihr deutliches Ja für eine demokratische Zukunft unseres Landes.

INHALT #DW144

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 144. Ausgabe ab Samstag, 19. August 2023. | Redaktionsschluss war am 17. August. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



»Rechtes Schwein« mit viel Humor

Der Preis der Republik geht an Uwe Steimle.
LAUDATIO von Klaus Müller

Als Schauspieler wurde Uwe Steimle durch die TV-Serie »Polizeiruf 110« bekannt. Erfolgreich ist der Sachse aber vor allem auch als Kabarettist – in Ostdeutschland sowieso, dort hat er längst Kultstatus, aber zunehmend auch im Rest der Republik. Und das hat gute Gründe.

Von 2013 bis Ende 2019 moderierte der 60-Jährige die *MDR*-Ostalgie-Serie »Steimles Welt«, ehe die Zusammenarbeit seitens des Senders abrupt beendet wurde. »Als Begründung bekam ich zu hören, ich sei illoyal«, so Steimle im *DW*-Interview (Ausgabe 120). »In der DDR hätte man gesagt: Er ist nicht auf Linie.« Was war geschehen? Der Komiker hatte erklärt, er zweifele an der Souveränität Deutschlands. Es sei ein »besetztes Land«. Diese Aussage wurde ihm nach eigenen Worten zum Verhängnis. Vielleicht brachte sie das Fass auch nur zum Überlaufen. Denn zuvor hatte der Dresdner bereits mehrfach die mangelnde Staatsferne des ÖRR kritisiert. Steimle lässt sich seinen Mund nicht verbieten. Dafür lieben ihn die Menschen. Und natürlich für seinen Witz, seinen Humor. Doch in Zeiten wie diesen, das hat auch er erfahren, wird jeder, der eine vom *Mainstream* abweichende Meinung hat, in die rechte Ecke geschoben. Steimle nimmt's locker, weil er weiß, dass er sich selbst nichts vorzuwerfen hat: »Ich muss an meinem Charakter arbeiten, nicht an meinem Ruf, für den kann ich nichts.« Früher galt er jahrelang als »linke Sau, heute bin ich ein rechtes Schwein«, sagt er grinsend, »und ich werde wohl als veganes Schnitzel enden.«

Nach seinem Aus beim *MDR* fiel er zunächst in ein Loch. Doch er kämpfte sich zurück, betreibt seinen eigenen YouTube-Kanal und tourt durchs Land. Beides mit großem Erfolg. Auf der Bühne macht er das, was er am besten kann: Die Menschen zum Lachen zu bringen. Aber auch mit Systemkritik spart er nicht. Steimle weiß: »Wir sind mitten im Dritten Weltkrieg.« Was wir erleben, sei die Fortführung der DDR. Aber er ist Optimist, hofft auf eine friedliche Wende. Fürs Erste bekommt er mal diesen Preis. Glückwunsch!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN UWE STEIMLE DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Der Politikwisschschaftler

EINWURF von Werner Köhne

Mal wieder wird er am Wahlabend um Einschätzung und Klärung gebeten. Er, der ausgewiesene Analyst der fortlaufenden Ereignisse, dem allerdings nichts ferner liegt, als eine wirkliche Analyse des politischen Geschehens zu geben.

Nein ein Analytiker ist dieser von TV-Sender Phönix eingeladene Experte nicht – und niemand erwartet das auch von ihm. Was ist eigentlich ein Politikwissenschaftler? Was an dessen Tätigkeit rechtfertigt das Qualitätsmerkmal »Wissenschaftlichkeit«, wo der Mann – Frauen sind in diesem Metier ja selten – doch auf die peinlich trivialen Fragen des Moderators nur Bekanntes aus dem Ränkespiel des politischen Skandalalltags in Berlin zum Besten gibt; dabei aber einer vorgeschriebenen Dramaturgie folgt.

Der Wert seiner Ausführungen bemisst sich daran, wie er Politik als Wechselspiel aus Parteientaktik und süffigen Charakterprofilen begreifbar machen will – wie man zuletzt erleben konnte nach den Äußerungen des CDU-Politikers Friedrich Merz zu einer möglichen Zusammenarbeit mit der AfD.

Wie wir wissen: Eigentlich ging es dabei um nicht mehr als um Nuancen in der Einhaltung der Political correctness: Merz wurde ein Opfer der medial verordneten Gier, alles bis ins Kleinste richtig zu machen. Das Geschäft des Anlysten ist es dann, daraus ein shakespearsches Drama zu konstruieren.

Am Phänotyp des Politikwissenschaftlers zeigt sich, wie der Begriff des Politischen gänzlich entkoppelt wird von einer Reflexion auf gesellschaftliche Entwicklungen. Für die stand einst noch eine kritische Soziologie ein. Aber auch die ist längst ins Fahrwasser einer befriedeten Indienstnahme durch das politische System geraten.

In erfrischender Bösartigkeit hat einst Margret Thatcher auf eine Journalistenfrage zum Zustand der englischen Gesellschaft dies geantwortet: »Ich kenne keine Gesellschaft, ich kenne nur Individuen und ihre Familien.«

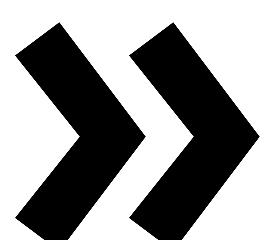
Wo keine Gesellschaft, da auch keine Soziologie. Wo viele Politikwissenschaftler, da kein Raum für den Zoon Politicon, den politisch bewussten Bürger. Kein Zufall, dass das Hauptthema des Politikwissenschaftlers das Wählerverhalten ist: Drei Prozent der 20- bis 25-Jährigen sind von den Grünen zur CDU übergewechselt. – Potztausend, was für eine News!



ZENSUR! Der Staat zensiert das Internet. Die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg will direkt Artikel des unabhängigen Nachrichtenportal *apolut.net* aus der Welt verbannen und droht mit Strafe, wenn die Kollegen bei Apolut, diese nicht aus dem Netz nehmen. Dieses verfassungsbrüchige Vorgehen betrifft den Diplom-Biologen Markus Fiedler und zwei Texte, die für den Demokratischen Widerstand verfasst wurden, hier zuerst erschienen und dann auch bei Apolut kollegial zweitveröffentlicht wurden.

Wir drucken diese Texte hier sukzessive erneut zur historischen Dokumentation ab. Wer weiß, wie lange sie noch im Internet überhaupt zugänglich sein werden. Sie haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Mittlerweile teilen selbst »Qualitäsmedien« die Punkte, die im Rahmen dieser Zeitung von Markus Fiedler ermittelt wurden. Eine umfangreiche Stellungnahme des Wissenschaftsjournalisten finden Sie auf *apolut.net* und auf der Seite des Autoren: markus-fiedler.de. Zumindest noch. Die Zensur betrifft vorrangig das Internet. Dieser Zeitung ging kein Schreiben ein, das uns zur Löschung der Artikel aufforderte. Was auch unmöglich wäre, da sie auf Papier gedruckt nicht mehr aus der Welt zu kriegen sind.

DW-AUFRUF: Unterstützen Sie Apolut für die Rechtsstreitigkeiten! Markus Fiedler! Und klar: diese gedruckte und unzensierbare Zeitung.



DIE ZERSTÖRUNG DER VOLKSGESUNDHEIT

Die nächste mRNA-Gentherapie könnte das Immunsystem komplett ruinieren | Von Markus Fiedler aus DW 85 vom 2. April 2022



Markus Fiedler beim DW-Gipfel auf Rügen im Juni 2021.
Foto: Hannes Henkelmann/DW.

Wir haben es bereits in den letzten Artikeln zur Gesundheit auf Seite drei ausführlich beschrieben: Die sogenannten »Impfungen« schützen weder vor einer Infektion noch vor einem schweren Krankheitsverlauf nach einer Corona-Infektion. Die Gen-Impfungen haben hingegen einen sehr stark negativen Einfluss auf das Immunsystem.

Aus Statistiken ist deutlich abzulesen, dass die Impfungen eng mit Todesfällen korrelieren. Derzeit sind mit Stand vom 18. März 2022 europaweit 23.508 Patienten registriert, die im engen zeitlichen Zusammenhang an den Impfungen verstorben sind. Ein kausaler Zusammenhang ist sehr wahrscheinlich. Die Dunkelziffer liegt vermutlich um den Faktor zehn bis 40 höher.

ÄRZTE VERSCHLEIERN IMPFNEBENWIRKUNGEN

Besonders zynisch ist es dabei, dass diese Todesfälle sehr häufig als Corona-Tote klassifiziert werden, obwohl ein zeitlicher Zusammenhang mit der Impfung auf der Hand liegt. Solange Angehörige aber nicht auf eine Obduktion bestehen, lassen sich die Todesursachen nicht sicher auf die Impfung zurückführen. Und nur dann wird (eventuell) auch die Impfung als Todesursache eingetragen. Es gibt darüber hinaus wenig Bereitschaft innerhalb der Ärzteschaft, Impfnebenwirkungen zu dokumentieren und zu melden. Anders herum reicht ein positiver Corona-Test aus, um Leichen als Corona-Tote einzuordnen. Dass diese Tests alles andere als verlässlich sind, haben wir auch schon in aller Breite diskutiert. Mit Wissenschaft hat das nicht viel zu tun.

Jetzt steht seit einiger Zeit die vierte »Impfung« im Raum. Nicht etwa eine neu entwickelte »Impfung«. Nein, es werden die gleichen Gen-Präparate verabreicht wie schon in den letzten 16 Monaten. Jeder halbwegs vernünftige Bürger sollte sich fragen, wieso er jedes Jahr ein neues Influenza-Vakzin bekommt, nicht aber bei Corona-Viren. Und das obwohl es sich in beiden Fällen um hoch mutationsfreudige RNA-Viren handelt.

INFLUENZA-IMPFUNGEN SIND AUCH UNBRAUCHBAR

Ganz nebenbei erfährt der wissbegierige Konsument, dass Influenza-Impfungen entgegen den blumigen Versprechungen weit entfernt sind von einer durchschlagenden Wirksamkeit. Die geringe Wirksamkeit ist dabei kein Ausrutscher in einem besonders schlechten Jahr, sondern es zeichnet sich ein über Jahre hinweg konstantes Bild ab. Im Jahreswechsel 2016/17 lag die Wirksamkeit der Impfung laut aerzteblatt.de bei nur knapp 47 Prozent. Es waren nach der Impfung also weniger als die Hälfte wirklich gegen Influenza geschützt. Im Jahr 2017/18 hatte die Influenza-Impfung sogar nur eine Wirksamkeit von 15 Prozent.

Im Klartext: Von 100 Geimpften hat diese bei nur 15 zu einem wirksamen Schutz gegen Influenza geführt. Im Jahreswechsel 2018/19 lag die Wirksamkeit der Influenza-Impfung bei den 15 bis 59-Jährigen bei 5 Prozent und bei der besonders »vulnerablen« Gruppe der über 60-Jährigen bei nur 4 Prozent. Nimmt man die Wirksamkeit der Genimpfungen gegen Corona genauer unter die Lupe, so fällt ihre Wirksamkeitsbilanz sogar negativ aus.

ENDLOSSCHLEIFE MIT GENTHERAPIE

Inzwischen zweifelt sogar der Pfizer-Chef Albert Bourla am mRNA-Konzept. Er rät aber trotzdem zur vierten »Impfung«. Da fragt sich der geneigte Leser, wie man zu so einer Schlussfolgerung kommen kann. Daten aus Israel zeigen das Gegenteil: Je häufiger Patienten mit den Genmanipulationsspritzen von Pfizer, Moderna und Co. behandelt wurden, desto schlechter der Zustand ihres Immunsystems. Hier sei ein Zitat zum Thema Wah nsinn von Albert Einstein erwähnt, Nobelpreisträger und genialer Physiker des 20. Jahrhunderts: »Das Gleiche immer und immer wieder tun und ein anderes Ergebnis erwarten.«

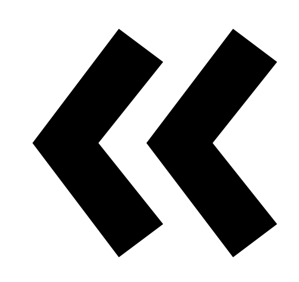
Nach dieser Definition sind eine ganze Reihe an Politikern, allen voran Karl Lauterbach, dem Wahnsinn verfallen, denn sie empfehlen – vollkommen abseits von wissenschaftlichen Datenerhebungen – gebetsmühlenartig diese angeblich so heilbringende »Impfung«. So warb er laut einem Artikel vom 10. März 2022 vom Ärzteblatt erneut für die als Impfung getarnte Genmanipulation, und das obwohl er von den desolaten Daten aus Israel wusste und das am 16. Februar 2022 auch so getwittert hat.

KLINIKEN VOLL MIT GEIMPFTEN

Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass sich die Intensivstationen der Kliniken mit mehrfach Geimpften füllen. Selbst der MDR erkennt hier einen dramatischen Trend. Aber das ändert nichts am Weg der Politik. Beratungsresistent machen die Protagonisten weiter mit ihrem Plan zur Einführung der Impfpflicht.

Es verfestigt sich der Eindruck, dass es hier nicht um Volksgesundheit, sondern um etwas ganz anderes, nämlich um die gezielte Schädigung der Bevölkerung mit den neuartigen Genpräparaten und die digitale Erfassung des Bürgers in einem Impfregister gehen könnte.

Schöne neue Corona-Welt.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.527
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.158
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.872	94.943
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.514
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	81.735
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.036
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.686
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	595.599

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

TOT WEGEN IMPFSCHADEN, MAINSTREAM LÜGT

Basel/DW. Die Schweizer Journalistin Daniela Caviglia war durch die Corona-Injektionen schwer erkrankt: Fatigue, chronisches Erschöpfungssyndrom. Ihren Leidensweg dokumentierte die 56-Jährige auf Twitter/X. Am 27. Juni schrieb sie: »Ich werde an den Folgen der Corona-Impfung gestorben sein, bevor mein #PostVac auch nur anerkannt wird.« Am Montag, 7. August 2023, setzte sie ihrem Leid per Sterbehilfe ein Ende. Trotz ihrer mehr als deutlichen Worte verbreiten zahlreiche *Mainstream*-Medien wie *Blick* die *Fake-News*, sie hätte sich aufgrund von *Long Covid* für den Suizid entschieden. (kmü)

Maskenatteste in der Berufung

Die Corona-Unrechtsprechung geht weiter.
Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Ich habe schon viele Corona-Verfahren erlebt, aber das, was in Hannover stattfand, schlug dem Fass den Boden aus.

Mein Mandant, Robert S., leidet nachweislich an schweren Krankheiten, ist 60 Prozent schwerbehindert, braucht ein Hörgerät, hat Asthma, Bronchitis und COPD. Und Robert S. hatte die »falsche Ärztin« – Dr. Carola Javid Kistel. Eine Ärztin, die im Gegensatz zu Roberts Lungenarzt überhaupt noch dazu bereit war, Atteste auszustellen.

Über den Hergang dieses Verfahrens hatte ich bereits in *DW* in Ausgabe 140 und 142 berichtet. Und es ging auch so weiter. Nicht nur, dass völlig überflüssige Zeugen geladen wurden, weil diese zu den rechtlich erheblichen Fragen gar nichts beitragen konnten und ich deshalb dazu »genötigt« wurde, gleich drei Mal nach Hannover zu fahren, auch meine Krankmeldung wurde von der Vorsitzenden Richterin nicht anerkannt. Ein Verstoß gegen ein faires Verfahren – so etwas habe ich in 20 Jahren Juristerei noch nicht erlebt.

Bei Durchsicht der Akte fiel mir gleich auf, dass die einzig relevante Aussage der Zeugin Dana S. nicht im Protokoll vermerkt wurde. Im erstinstanzlichen Urteil war noch die Rede davon gewesen, dass die Ärztin, die das Attest ausgestellt hatte (Dr. Carola Javid Kistel), ihre Zulassung verloren habe. Zu dieser falschen und unbelegten These wurde die Polizeibeamtin befragt und sie teilte mit, dass die Quelle der falschen Erkenntnis eine Suchanfrage bei Google gewesen sei.

RICHTER KÖNNEN ANSCHEINEND ALLES

Für die Beurteilung, ob es sich bei einem Maskenattest um ein unrichtiges Gesundheitszeugnis handelt oder nicht, scheint bei Gericht der Irrtum weit verbreitet zu sein, dass eine Richterin feststellen kann, aus welchem Grund eine Diagnose erfolgte. So wurden dann Befunde meines Mandanten in aller Öffentlichkeit vorgelesen – der Gerichtssaal wurde zum Behandlungszimmer. Dass dies so natürlich nicht geht, hatte mir bereits der Kölner Richter in einem Maskenverfahren gegen einen Kölner HNO-Arzt bestätigt – das Strafverfahren habe ich daher damals auch eingestellt bekommen.

Zu keiner Zeit war es so, dass ein Gericht an einem Urkundenbeweis (beispielsweise bei Krankschreibungen im Arbeitsrecht) jemals gezweifelt hätte, es sei denn, dass ganz offensichtliche Belege dafür vorlagen, dass ein Attest zu Unrecht erteilt wurde. Solche offensichtlichen Zweifel an der Richtigkeit des Attests lagen hier nicht vor. Dass die »Gesinnung« der Ärztin der erstinstanzlichen Richterin als Anlass diente, zu glauben, entscheiden zu können, dass ein »richtiges« oder eben »unrichtiges« Gesundheitszeugnis vorliegen würde, ist schlicht absurd. Zu prüfen war lediglich, ob eine Untersuchung stattgefunden hatte, was unzweifelhaft der Fall gewesen war. Eine weitere inhaltliche medizinische Beurteilung steht einem Gericht nicht zu. Hierzu wäre allenfalls ein Sachverständiger in der Lage, nicht aber eine Richterin ohne medizinische Vorkenntnisse.

Der Gerichtssaal ist eben kein Behandlungszimmer, auch wenn die Vorsitzende Richterin in der Berufung ebenfalls versuchte, den Gerichtssaal zum Behandlungszimmer zu machen, indem sie die persönlichen Krankheiten des Angeklagten vorlas. Unrichtig im Sinne von Paragraph 278 des Strafgesetzbuches ist ein Gesundheitszeugnis nur dann, wenn die erklärten Grundlagen der Beurteilung in einem wesentlichen Punkt nicht der Wahrheit entsprechen. Dies ist in der Regel gegeben, wenn die für die Beurteilung des Gesundheitszustands erforderliche Untersuchung nicht durchgeführt wurde.

Nachweislich wurde mein Mandant aber von seiner Ärztin untersucht und seine Krankheiten sind unbestreitbar, wie bereits die Vorinstanz festgestellt hatte. Gleichwohl wollte man dies nicht anerkennen und bezog sich dann auf eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Celle. In jener Entscheidung ging es aber darum, dass gar keine Untersuchung stattgefunden hatte, was also mit dem Verfahren gegen Robert S. insofern gar nicht vergleichbar ist. Höchstrichterliche Rechtsprechung vom Obersten Bayrischen Gerichtshof wurde nun schlicht ignoriert und so begründete man dann die Verurteilung meines Mandanten damit, dass die Untersuchungen »nicht ausreichend« gewesen sein sollen.

VERTRAUE KEINEM MENSCHEN, SAGT DIE MACHT

Das Attest meines Mandanten ist aber schlicht richtig und nicht falsch, da es keine



Demoschild: Mittlerweile sind es knapp 200.000 Unterschriften.
Foto: Georgi Belickin

falschen Angaben über den Gesundheitszustand enthält. Auch hatte Robert S. keinen Vorsatz, über seinen Gesundheitszustand zu täuschen, weil er der Diagnose seiner Ärztin vertraute. Diesbezüglich unterstellte das Gericht Robert S. aber, dass er hätte erkennen müssen, dass noch weitere Untersuchungen erforderlich gewesen wären. Zudem würde er seine Ärztin, die sich kritisch zu den Coronamaßnahmen geäußert hatte, ja auch kennen.

Wenn der Verordnungsgeber sagt, wir sollen eine Maske tragen, dann machen wir das auch – bemerkte die Vorsitzende Richterin noch zu Abschluss. Ich bin gespannt, wenn Gesundheitsminister Karl Lauterbach zum Hitzeschutz demnächst eine Sonnenhut-Verordnung herausbringt, ob die Richter in Hannover dann künftig auch Sonnenhut tragen werden. Ich dachte immer, dass Gerichte dazu da sind, unsinnige Regelungen und Verordnungen zu hinterfragen, anstatt sie mit unsinnigen Argumenten auch noch zu bestätigen.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Corona? Jetzt Impfschäden auffrischen!

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, haben Sie es auch schon gelesen? Rudi Carrells Kulthit »Wann wird's mal wieder richtig Sommer« wird verboten. Grund: Verharmlosung der Klimakatastrophe! – Diese Nachricht machte zuletzt auf Telegram die Runde. Nur ein Scherz, klar, aber diese Zeiten sind so irre, dass man absolut nichts mehr ausschließen kann.

Nach dem Wetter verweigert sich nun auch der Airbus A340 der Flugbereitschaft der Bundeswehr unseren Polit-Figuren. Ach, wie herrlich. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock wollte wieder mal die Welt belehren. Ihre Reiseziele: Australien, Neuseeland, Fidschi-Inseln. Doch der Regierungsflieger war nicht in der Lage, die deutsche »Diplomatin«, die anderen gerne mal den Krieg, die Welt und das Klima erklärt, zu ihren Terminen zu fliegen. Vielleicht wollte sie auch einfach nicht, also die Maschine. Gleich zwei Mal streikte sie. Nun wird sie ausgemustert. Das kennen wir doch: Wer nicht spurt, wird ausgegrenzt.

Annalena musste einen außerplanmäßigen Zwischenstopp in Abu Dhabi einlegen. In Bezug auf weniger nette Menschen sage ich ja gerne: Karma regelt das! Ausgerechnet Abu Dhabi. Wir erinnern uns: Dort machte der Märchenbuchautor einst den peinlichen Bückling. Entsprechend heiter dürfte man nun bei der Ankunft der grünen Bruchpilotin gewesen sein. Inzwischen ist sie nach Berlin zurückgekehrt und hat ihre Reise in die indo-pazifische Region abgesagt. Tja, außer Spesen nichts gewesen, zudem viel CO2 verbraucht und einmal mehr Spott und Häme geerntet. Man muss sich schon fragen: Gibt es eigentlich überhaupt noch irgendwas, das in unserem Land funktioniert? Es ist ja bei weitem nicht die erste Panne eines deutschen Regierungsflugzeuges. Schon fast ein bisschen unheimlich mutet es an, dass sich die Technik der Flieger offenbar dem Niveau ihrer Insassen anpasst: Panne über Panne! Immerhin konnte Annalenchen im Ausland so nicht erneut von Kobolden und Speck fabulieren. Die ganze Welt lacht ja schon genug über uns. Kanzler Scholz hat das noch nicht realisiert – oder schon wieder vergessen. Er jedenfalls sieht, so äußerte er sich im *ZDF*-Sommerinterview, »Deutschland auf Kurs«. Wohl auf Kurs in den Abgrund.

Unser allseits geliebter Bundespräsident Frank-Spalter Steinmeier hat derweil eine Diskussion über ein AfD-Verbot angestoßen. AfD-Wähler sind, wie es der Thüringer Verfassungsschutz unlängst formulierte, nicht mehr nur »brauner Bodensatz«, nein, geht es nach Steinmeier, sind Bürger, die die böse Partei wählen, jetzt sogar kriminell. Bei den Feiern zum 75. Jahrestag des Verfassungskonvents im Alten Schloss auf Herrenchiemsee sagte er: »Kein mündiger Bürger kann sich auf mildernde Umstände herausreden, wenn er sehenden Auges politische Kräfte stärkt, die zur Verrohung unserer Gesellschaft und zur Aushöhlung der freiheitlichen Demokratie beitragen.« Beim Namen nannte er die AfD nicht, freilich wusste auch so jeder, wen er meinte. Ist der Bundespräsident nicht verpflichtet, parteipolitische Neutralität zu wahren? Nun, mein Bundespräsident ist er ohnehin nicht. Aber es ist schon grotesk, wenn Leute wie er über Demokratie reden. Wirtschaftsjournalist Roland Tichy fragt zurecht: »Bleiben Wahlen noch geheim und ohne Strafe für das Kreuz bei der ›falschen‹ Partei?«

Dazu passt: AfD-Politiker Andreas Jurca wurde in der Nacht zum Samstag in Augsburg nach einem Grillfest auf dem Nachhauseweg von mehreren Menschen angegriffen und brutal verprügelt. Die »Leidmedien« berichteten darüber (wenn überhaupt) erst mit Verspätung, schrieben zudem meist von einem »mutmaßlichen« Angriff. Bei einer Attacke auf den niedersächsischen Grünen-Politiker Christian Schroeder, der bei einem Konzert in Gifhorn am Samstag zu Boden geschubst worden war, sahen die Berichte dagegen völlig anders aus. Aber wen wundert das noch? Überrascht war ich allerdings, dass Schroeder hinterher von einer roten Linie sprach, die überschritten worden sei. Ich dachte, rote Linien gibt es nicht mehr. Oder habe ich was verpasst?

Wo ich schon beim Thema *Mainstream*-Medien bin: Ein – ja, wie soll man ihn nennen, ein Berufskollege ist er sicher nicht – speichelleckender Hofberichterstatter der Regierung von der *Zeit* schrieb vor einigen Tagen, dass unser Land »ein paar Veränderungen« benötige. Sein Vorschlag: Diese müssten »auch mal gegen den Willen der Bevölkerung umgesetzt werden«. Ja, Demokratie und Freiheit bekommt man nicht geschenkt, für die muss jeder Bürger tagtäglich kämpfen – erst recht, wenn man solche Medien hat. In der *taz* plädiert ein gewisser Philosoph namens Gosepath für eine Erbschaftssteuer von 100 Prozent. Warum? Erbschaften seien »eine ungerechte Lotterie«, sie »verletzen wesentlich die Chancengleichheit«. Ich frage mich: Was stimmt

➔ Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

mit diesen Typen nicht? Wurden sie einst zu heiß gebadet oder auf dem Schulhof einmal zu oft verhauen? Nun ja, bleiben wir heiter: Was soll man auch erben, wenn wir 2030 doch ohnehin nichts mehr besitzen.

Apropos Kulthit: Auch Roland Kaisers »Ich glaub, es geht schon wieder los« erfährt eine neue Popularität. Denn die *Mainstream*-Medien träumen von einem Corona-*Comeback*. Sie überschlugen sich in den vergangenen Tagen fast stündlich mit neuen Schlagzeilen über Eris, der neuen Corona-Killervariante. Am besten gefiel mir: »Wer sich jetzt impfen lassen sollte« (rtl.de). Ich halte es da eher mit unseren Freunden vom Harlekin-Shop (Seite 6) – die haben nun passend zur von Biontech für den September angekündigten neuen »mRNA-Plörre« ein T-Shirt im Sortiment mit dem Aufdruck: »Jetzt Impfschäden auffrischen!«



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Demokraten stellten am 5. August 2023 in Berlin die Regierungslügen bloß. Foto: Georgi Belickin

MELDUNG

PROZESS GEGEN ASTRAZENECA: ETAPPENSIEG FÜR SPRITZOPFER

Bamberg/DW. Eine 33-jährige Frau aus Oberfranken hat den Injektionsstoff-Hersteller Astrazeneca auf Schmerzensgeld verklagt, weil sie durch die Spritzen infolge einer Darmvenenthrombose einen Teil ihres Darms verloren habe. Das Oberlandesgericht (OLG) Bamberg zweifelt nun daran, ob das Arzneimittelunternehmen ausreichend über die Nebenwirkungen informiert hat. Wäre das Risiko einer Darmvenenthrombose in der Fachinformation des Herstellers dargestellt gewesen, hätte sich die Frau, davon geht der Senat derzeit aus, nicht die Stoffe von Astrazeneca spritzen lassen. Die Kammer wolle ein Gutachten einholen. Der Anwalt der Frau bezeichnete die Entscheidung des Gerichts als Etappensieg. (kmü)

PRONOMEN WICHTIGER ALS SCHNELLE HILFE

London/DW. Wie die britische Boulevardzeitung *Daily Mail* berichtet, werden Mitarbeiter in den NHS-999-Notrufzentralen des Landes angehalten, die Anrufer zu fragen, mit welchem Pronomen sie angesprochen werden wollen. Die Anreden »Sir« und »Madam« sollten nicht verwendet werden. Der Grund: Trans-Patienten sollen nicht gestresst werden. (kmü)

MIT DEMOKRATIE MEINEN SIE SICH SELBST

Herrenchiemsee/DW. Bei der Feier am 75. Jahrestag des Verfassungskonvents am 10. August 2023 wagte der umstrittene Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die Gründungsväter und -mütter des Grundgesetzes zu zitieren. »Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen«, meinte er sagen zu dürfen, nachdem die Menschen für die vorgeschobene »Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems« vorher Undenkbares tun mussten. »Wenn ›Einschränkungen des Rundfunkempfangs für unzulässig‹ erklärt werden, dann ist dies auch eine Antwort darauf, dass im NS-Regime für das Abhören ausländischer Sender nicht nur hohe Strafen, sondern auch die Todesstrafe drohten«, drohte Steinmeier selbst, unter dessen Blick »feindliche Sender« verboten wurden und das Internet zensiert wird. Es gehe uns doch noch gut. »Sicherheit vor körperlicher und seelischer Misshandlung werden gewährleistet«, zitierte er und dachte nicht an Maskenzwang, Spritzenopfer und Polizeieinsätze. Steinmeier, der als BuPrä einigen müsste, verhöhnte so erneut einen großen Teil der deutschen Bürger, so ein DW-Herausgeber. (hes)



DER FALL HEINRICH HABIG EIN SCHAUPROZESS

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Dr. Heinrich Habig, Arzt aus Recklinghausen, sitzt seit 15 Monaten in U-Haft und wurde bereits wegen Ausstellens falscher COVID-Impfbescheinigungen zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Weitere Fälle werden derzeit verhandelt. Der Prozess wird als finsteres Kapitel in die deutsche Justizgeschichte eingehen.

Spricht man mit Befürwortern der COVID-Injektionen über Impfpassfälschungen im Allgemeinen und über den Prozess gegen Heinrich Habig im Besonderen, bekommt man Folgendes zu hören:

– Wer fal sche Impfpässe ausstelle oder sich ausstellen lasse, werde zu Recht bestraft. Denn es sei ganz schlimm, wenn man sich auf ärztliche Bescheinigungen nicht mehr verlassen könne.

– Es sei eine Unverfrorenheit seitens der Patienten, wenn sie von ihrem Arzt eine solche Fälschung verlangten.

– Wenn ein Arzt die COVID-Injektionen für gefährlich halte, solle er sie eben weder verabreichen noch Bescheinigungen über ihre Verabreichung ausstellen. Wir erinnern uns: Genauso haben ja das LG Bochum und das OLG Hamm im Fall Heinrich Habig argumentiert.

Keinerlei Störgefühl entwickeln die Befürworter der Corona-Spritzen demgegenüber, wenn sie mit folgenden (realen!) Erzählungen konfrontiert werden:

– Der Patient steht vor der Wahl, entweder eine COVID-Impfung nachzuweisen oder seinen Job zu verlieren.

– Dem Patienten wird ohne Impfung der Zugang zu wichtigen medizinischen Behandlungen verwehrt, zum Beispiel zur Dialyse.

– Die Patientin riskiert, ihre eigenen Kinder nicht im Krankenhaus besuchen zu dürfen, wenn sie sich der Spritze verweigert.

Dieselben Akteure, die ein Problem mit gefälschten Impfungen haben, haben kein Problem mit erpressten Impfungen. Zweierlei Maß. Kennen wir schon. Leider!

Die Staatsanwältin und die Vorsitzende Richterin im Strafverfahren gegen Heinrich Habig legen indes nach den glaubhaften Berichten der beiden Wahlverteidiger ein Verhalten an den Tag, das in seinem Unrechtsgehalt noch deutlich darüber hinausgeht. Es beginnt damit, dass Heinrich Habig anfangs mit Hand- und Fußfesseln in den Gerichtssaal geführt wird. Als wäre er ein Terrorist oder ein Massenmörder. Mit der Gewährleistung eines ordnungsmäßigen Ganges der Hauptverhandlung hat das nichts zu tun. Es ist vielmehr eine Machtdemonstration: Ich, Vorsitzende Richterin: Große Salami. Du, Heinrich Habig: Kleines Würstchen.

Es geht damit weiter, dass die Vorsitzende Richterin anordnet, alle Zuschauer müssten ihre Ausweise abgeben, und diese würden kopiert. Keiner kann erahnen, was das Gericht mit diesen Daten macht. Die Vorsitzende Richterin weiß, dass die Zuschauer mit Heinrich Habig sympathisieren. Sie will sie am liebsten ganz loswerden. Also greift sie zur Einschüchterung des Publikums. Eine klar prozessordnungswidrige Einschränkung der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung.

Kein Problem hat die Vorsitzende Richterin mit Geständnissen von Patienten, die von der Polizei mit der Drohung erwirkt wurden, es werde andernfalls eine Blutprobe angeordnet, und am Vorhandensein oder Fehlen von Antikörpern lasse sich ablesen, ob eine Impfung stattgefunden habe oder nicht. Dass ein solcher Antikörper-Test einen derartigen Rückschluss zulässt, stimmt freilich nicht. Das Gericht weiß das auch. Denn eine Sachverständige hat es in der Hauptverhandlung bestätigt. Die Geständnisse sind also durch Täuschung erwirkt und folglich nach § 136a Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 StPO unverwertbar. Das Verwertungsverbot wirkt nicht nur zugunsten der Patienten, sondern auch zugunsten von Heinrich Habig. Das Gericht interessiert sich dafür leider nicht: Die Polizei habe schließlich daran geglaubt, dass einem Antikörper-Nachweis ein solcher Aussagewert zukommt. Die Polizei versteht aber nichts von Medizin. Wenn sie trotzdem so etwas behauptet, dann tut sie es ins Blaue hinein – und damit bedingt vorsätzlich. Eine Täuschung liegt mithin vor. Also ein klarer Fall eines Beweisverwertungsverbots!

Am 10. August 2023 wurde eine Altenpflegerin als Zeugin vernommen. Ebenfalls Patientin von Heinrich Habig. Sie stand offenbar zwischen Pest und Cholera: Spritze oder raus aus dem Job. Sie hatte im Heim etliche alte Menschen nach der Spritze sterben sehen; vor dem Impfstart war Vergleichbares nicht zu beobachten. Die Polizei erpresste unter Verletzung von § 136a Abs. 1 Satz 3 StPO ihr Geständnis mit der Androhung, andernfalls würde sie jemanden anrufen, der ihre Wohnung leerräumt. Nach § 136a Abs. 3 StPO darf auch dieses Geständnis nicht gegen Heinrich Habig verwendet werden. Wird das wenigstens diesmal Beachtung finden?

COVID-Impfnebenwirkungen, so die Staatsanwältin, gebe es übrigens nicht. Das sei Querdenker-Ideologie. Mediale Feindbild-Propaganda im Gerichtssaal. Tiefer kann die Justiz nicht sinken. Mit Nachdruck musste einer der beiden Wahlverteidiger durchsetzen, dass Heinrich Habig am Rande der Verhandlungstermine wenigstens seine (wegen Beihilfe ebenfalls angeklagte, aber auf freiem Fuß befindliche) Ehefrau in den Arm nehmen darf. Menschlichkeit? Fehlanzeige!



Foto: Commons

ZITAT DER WOCHE

»Sie raubte Freiheit, zerriss Familien, verhinderte Träume, kostete Hunderte das Leben. 1989 brachten mutige Menschen sie zum Einsturz. Das zeigt mir: Es lohnt sich, für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie aufzustehen. Immer und überall.«

Katrin Göring-Eckardt (eine ranghohe bündnisgrüne Regenbogen-Frau) am 13. August 2023. Bei ihrem Versuch, den Bau der Berliner Mauer vor 62 Jahren zu erinnern, verplapperte sie sich.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AHRENSFELDE: Montag 18.00 • Märkische AZ • Rathaus
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
COBURG: Montag 18.00 • Neue Presse • Rathaus
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
Dornbirn - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR RegionalWendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
ULM: Montag 18.00 • Südwestpresse • Am Rathaus
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – ALTMÜNSTER, 18 Uhr, am Marktplatz – BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, am Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DORMAGEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FÜRSTENFELDBRUCK, 18 Uhr, am Volksfestplatz – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAFFKRUG, 18 Uhr, an der Seebrücke – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – INGOLSTADT, 18 Uhr, am Paradeplatz – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KUSTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – LAMSPRINGE, 18 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – LICHTENFELS, 18 Uhr, am Marktplatz – MAGDALA, 18 Uhr, am Rathaus – NAILA, 18:30 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Art
Sa, 19.8.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 19.8.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 19.8.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 19.8.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 19.8.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 19.8.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 19.8.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 19.8.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 20.8.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 21.8.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 21.8.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 21.8.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 21.8.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 21.8.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-19:15 Uhr	Minden, an der Martinstreppe beim Rathaus	Demo
Mo, 21.8.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-20 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 21.8.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 21.8.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 21.8.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 21.8.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 21.8.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 22.8.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 22.8.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 22.8.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 22.8.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 22.8.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 23.8.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 23.8.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 23.8.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 23.8.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 23.8.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 23.8.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 23.8.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 23.8.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 23.8.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 23.8.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 24.8.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 24.8.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 24.8.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 24.8.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 24.8.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 24.8.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 24.8.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 24.8.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 24.8.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 25.8.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 26.8.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 26.8.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-bhf Wollankstraße	Autokorso
Sa, 26.8.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 26.8.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 26.8.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 26.8.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 26.8.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 26.8.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 26.8.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 27.8.2023 14-17:30 Uhr	Neustadt-Hambach, am Hambacher Schloss	Demo und Umzug
Mi, 30.8.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.9.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 6.9.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



MACHT MUSS DIENEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Die Wahrnehmung eines brennenden Hauses von Thomas Willi Völzke

In einem *YouTube*-Kommentar zu einem Video, das die Entwicklung unseres Landes recht präzise darstellte, las ich kürzlich: »Alle schauen auf das brennende Haus, nur Deutschland nicht, das schaut raus.«

Es lässt sich nun gewiss darüber streiten, ob dieser einprägsame Satz eine treffende Zustandsbeschreibung der Bundesrepublik ist oder nicht. Gleichwohl steht das Land vor Herausforderungen, die vor ein paar Jahren so nicht sichtbar waren. Und das ist angesichts der Lage noch vorsichtig formuliert.

Für mich offenbart sich abseits einer Analyse, wo überall Brennpunkte zu erkennen sind, eine andere Frage. Was haben Menschen mit Leitungsfunktionen in der Politik, in Firmen, in Behörden, in Vereinen und so weiter zu leisten? Benennen wir es ganz schlicht: Sie haben dafür Sorge zu tragen, dass das Schiff auf Kurs bleibt und die Funktionsfähigkeit an Bord in allen Bereichen gewährleistet ist. Mit dieser simplen Feststellung brauchen wir uns nicht darum zu bemühen, in Büchern über Führungslehre zu blättern. Und: Ohne ein Mindestmaß an Beziehungsebene kann die Arbeitsebene kaum hergestellt werden. Auf jeden Fall ist es untunlich, das Bordpersonal zu beschimpfen, mit schlechtem Beispiel voranzugehen sowie persönliche Befindlichkeiten und Ansichten in den Vordergrund zu stellen. Macht muss dienen, und zwar nach unten.

In den Jahren meines Berufs- sowie Vereinslebens habe ich viele Menschen mit Leitungsaufgaben kennengelernt. Es gab auch spezielle Aufgaben und Situationen, die Krisenmanagement verlangten. Wir haben gestritten, um Ziele gerungen, Rat eingeholt, es wurden Entscheidungen getroffen, mitunter auch nach dem Motto »Ober sticht Unter«, Pläne wurden aktualisiert und vieles mehr. Von allen Kollegen und Vereinskameraden, mit denen ich zusammengearbeitet habe, gibt es aber keinen einzigen, der eine schwierige Lage nicht als solche erkannte.

Alle waren willens, Sachverhalte differenziert zu betrachten, auch wenn es letztendlich Handlungszwänge gab. Ja, es wurden auch Dinge entschieden, die fehlerhaft waren, was sich schon früh abzeichnete. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass auch nur eine Dienststelle, ein Verein, in der/dem ich tätig war, mit der Bezeichnung »Alle schauen auf das brennende Haus, nur die Führung nicht, die schaut raus.« von außen bewertet worden wäre. Dienende Macht traut sich auch in die Metaebene.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de



Demokraten kommen immer wieder: Pforzheim am Montag, 14. August 2023, ...



... in Gera, natürlich, ...



... gehend in Chemnitz, ...



... stehend in Hannover. Fotos: Videostills/Telegram Wendezeit Hannover

NOCHMAL ZUM MITSCHREIBEN

Darum geht es der Demokratiebewegung | Von Hendrik Sodenkamp

Der Schwung aus der Berliner Großdemo am 5. August 2023 wird mitgenommen. Am Montag, den 14. August 2023, gingen wieder tausende Demokraten in ganz Deutschland auf die Straße, um die Aufarbeitung des Coronaregimes voranzutreiben, dem Nato-Kriegsregime eine Abfuhr zu erteilen und den Pfad der Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes zu bahnen.

Es müsste eigentlich ein *Brennpunkt* nach dem anderen im deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden, denn seit dem 28. März 2020 erleben wir die größte demokratische Erhebung aller Zeiten. Und die ausdauerndste. Was sind die Ziele, haben sie Sinn, was würde ihre Umsetzung bedeuten? Das müsste Dauerthema in den Medien sein. Doch das findet nicht statt, stattdessen wird die Demokratiebewegung, nachdem sie nicht mehr weg-verleumdet und weg-geprügelt werden kann, einfach ausgeblendet. Deshalb hier nochmal zum Mitschreiben, auch für die Mitleser in Behörden und in den Zensur-Medien:

Die Ziele der Demokratiebewegung sind seit dem 28. März 2020 diese hier:

1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland (hier haben wir bereits viel erreicht).

2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechts in Wortlaut und Sinn.

3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat.

4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten.

5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.

Diese Ziele sind von Beginn an nachvollziehbar, sinnvoll sowie umsetzbar. Genau deshalb werden sie auch seit dem 28. März 2020 unter den Tisch gekehrt und nicht diskutiert. Oder haben Sie jemals in einem Konzern- oder Regierungsmedium eine Diskussion über diese Ziele gehört, gesehen oder gelesen? Nein, denn die meisten Menschen würden ihnen einfach zustimmen. Und davor hat der Apparat Angst.

Dennoch: Der Kampf der Demokratiebewegung führt zum Sieg. Die Diskussion um die Verfassungserneuerung erhielt einen unerwarteten Fürsprecher: den thüringischen Minsterpräsidenten Bodo Ramelow (bröckelnde Linkspartei), der am am 10. August 2023, dem »75. Jahrestag des westdeutschen Verfassungskonvents und dem 34. Jahrestag der Beschlüsse vom Runden Tisch der DDR« auf die offene Wunde »Verfassung für ein geeinigtes Deutschland« verwies.

Wird er es umsetzen? Nein. Wäre das überhaupt toll? Nein. Verfassungsbruch/Transformation/Great Reset von oben kennen wir zu Genüge.

Aber: Der vernünftige Vorschlag, Deutschland wieder zu demokratisieren zieht ganz offensichtlich Kreise. Und wird sich durchsetzen, wenn wir Demokraten uns nicht von oben von Konzern- und Parteifuzzis enteignen lassen. Am 3. Oktober 2023, am Tag der Deutschen Einheit, kommt in Berlin erneut die deutsche Demokratiebewegung zusammen, so hört man.



»UNSERE STADT SOLL SCHÖNER WERDEN«

Die Schweizer Hauptstadt Bern am 15. August 2023. Demokraten nutzten den öffentlichen Raum, um auf das Spritzenregime ihrer Regierung hinzuweisen. Dabei malten sie mit Wachsmalkreiden klare und deutliche Botschaften auf die Straße und erreichten so mit kinderleichten Mitteln tausende Passanten auf dem zentralen, belebten Platz der Stadt. Die Toten der Injektion werden auch in der Schweiz nicht vergessen. Organisiert wurde die Aktion unter dem Motto »Unsere Stadt soll schöner werden« von der »Mahnwache Langnau«, einer Organisation der Schweizer Demokratiebewegung. Nach kurzer Zeit trat auch die Polizei auf den Plan, diese konnte jedoch mit dem Verweis auf die Kunstfreiheit (Aktionskunst) und das Recht auf freie Meinungsäußerung abgewehrt werden.

Die Demokraten schrieben dazu später in einer Pressemitteilung: »Es wurde debattiert. Wir waren allesamt mit Wissen bewaffnet und blieben standhaft. Ihnen fehlte jegliche Rechtsgrundlage und so standen die Herrschaften auf verlorenem Posten.« Die Schweizer hoffen auf Nachahmer in anderen Städten. (hes)



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS=
AUFNAHME

Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Diesmal: Ein Ausschnitt aus der ersten DW-Akademie am Abend des 5. August 2023 in Berlin.

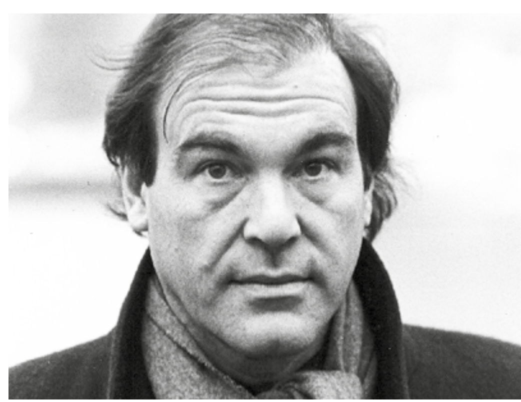
• Mit Jimmy Gerum für Leuchtturm ARD
• Hendrik Sodenkamp für die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW)
• Anselm Lenz für die Infoseite NichtOhneUns.de
• Kayvan Soufi-Siavash (K.S.S.) für Artikel 5 des Grundgesetzes und Apolut.net
• Oliver Stone: Der Filmemacher im Format



Der Journalist und Medienkünstler Kayvan Soufi-Siavash, vormals bekannt als Ken Jebsen (KenFM), geht mit seinem großen Bühnenformat »Soufisticated« demnächst auf Vortragstournée. Bei der DW-Akademie gab er dem Audimax nach der Pause einen 360-Grad-Überblick. Foto: DW/ Georgi Belickin



Thema beste Zeitung der Republik: Der Journalist, Verleger und Konzertpianist Hendrik Sodenkamp vermittelte im Zuge der ersten DW-Akademie in einem 15-Minuten-Parforceritt Antworten auf die Fragen »wie geht das, wie machen Sie das, wie schaffen Sie das, was Sie tun?« Foto: DW/Georgi Belickin



Der seit Jahrzehnten weltberühmte und bei »E« und »U« anerkannte US-amerikanische Filmemacher Oliver Stone legte im DW-Format, das auf die erste DW-Akademie am 5. August in Berlin zur »Geisterstunde« folgte, dar: »Es wurden Grenzen vom Westen überschritten! Es ist die NATO, die in die Ukraine einmarschiert!« Foto aus dem Jahr 1987: Towpilot/CC

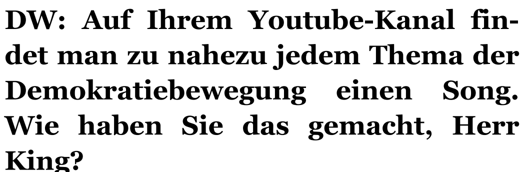
Mehr zur DW-Akademie im Rundbrief (siehe NichtOhneUns.de) und in den kommenden DW-Ausgaben. Mehr Bestandsaufnahme auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub.

»Man muss einen Plan haben, damit man sich nicht verzettelt«

Interview mit dem Musiker Yann Song King | INTERVIEW von Hendrik Sodenkamp

DW: Herr King, wie kamen Sie dazu, Lieder für den Widerstand zu schreiben?
Yann Song King: Ich wollte eigentlich auf einer der ersten Kundgebungen von »Nicht ohne uns« in Dresden im Frühjahr 2020 eine Rede halten. Aber ich bin nicht dran gekommen, weil es viele andere Redner gab. Zum Schluss wurde jedoch gefragt, ob es Musiker gäbe, die beim nächsten Mal für etwas Auflockerung sorgen könnten. Da habe ich das bisschen, was ich zu sagen hatte, dann eben gesungen. Und dann hangelte sich das von Demo-Termin zu Demo-Termin und von Idee zu Idee.

DW: Was hat es mit diesem Namen Yann Song King auf sich?
Y.S.K.: Ja, das ist bisschen Spielerei mit den Assoziationen. Der Name suggeriert eine fernöstliche Herkunft. Aber Song steht für Lied und King für König. Mit ein bisschen Augenzudrücken könnte man das als Liederkönig übersetzen – der ich immer am Lagerfeuer war, weil ich alle Lieder spielen musste, die die Leute sich gewünscht haben.



DW: Auf Ihrem Youtube-Kanal findet man zu nahezu jedem Thema der Demokratiebewegung einen Song. Wie haben Sie das gemacht, Herr King?
Y.S.K.: Ehrlich gesagt enthält der Youtube-Kanal nur einen Teil meines Schaffens. Die Alben, die man beispielsweise auch bei Spotify hören kann, enthalten noch viel mehr Songs und dann gibt es noch eine Menge Titel, die ich nur live spiele. Es gibt sogar Lieder, die ich noch nie live gespielt habe, die also nur ich kenne. Nun, wenn mir was zu den aktuellen Themen und Ereignissen einfällt, setze ich es in einen Song um, meist möglichst schnell. Manchmal fällt mir ein bekannter Hit ein, der aus irgendeinem pointierten Grund Nähe zu einem Thema oder einem Schlagwort hat. Dann wird es eine Parodie. Ansonsten mache ich eigene Titel, die ich oft auch mit diversen Stilmitteln in die für die Aussage gewünschte Richtung schiebe. Ein neues Lied wird in der Regel beim nächsten Auftritt live uraufgeführt. So ist jedes Konzert für mich und



Yann Song King vor dem Brandenburger Tor am 5. August 2023
Foto: Georgi Belickin

auch das Publikum spannend. Fast immer habe ich was anzubieten, das selbst die eingefleischten Fans noch nicht kennen. Viele interessieren sich, wie man das so macht mit dem Songschreiben – ich werde irgendwann mal ein Lied darüber schreiben.

DW: Zu den Songs gibt es in der Regel auch noch ein eigens produziertes Video. Wie schaffen Sie das?
Y.S.K.: Ja, stimmt, es ist schon recht aufwendig, und wie gesagt, die meisten Songs haben deswegen gar kein Video. Ich kann kein Geld dafür ausgeben, und bekomme ja auch keins dafür. Ich mache alles selbst und habe ein paar liebe Mitstreiter, die sich zuweilen als Darsteller zur Verfügung stellen. Ich habe nur ein billiges, altes Schnittprogramm und eine mittelklassige Kamera. Ich mache das alles, so gut ich kann, und ich weiß, dass es ein Profi besser kann. Aber wichtig ist, dass es am Ende irgendwie rund und stimmig ist. Man muss einen Plan haben, damit man sich nicht verzettelt, sonst bleibt es liegen. Und dann kommt da ja immer der Termindruck. Den »Hitze-Tod-Check« zum Beispiel habe ich gerade noch so in die frühsommerliche Warmphase rein gedrückt, drei Wochen später wäre es nicht mehr so ein heißes Thema gewesen. Wobei das Lied auch davon profitiert, dass die Hitze-Klima-Erzählung und das Wetter gerade gar nicht zusammenpassen.

DW: Was sind die nächsten wichtigen Schritte für Sie als Musiker? Was steht an Konzerten, Aufnahmen, Platten, Filmen, Theaterstücken an?
Y.S.K.: Wie heißt es doch so schön: Willst du Gott zum Lachen bringen, dann mache einen Plan. Deswegen denke ich nur bis zum nächsten Auftritt und freue mich über jede Buchungsanfrage. Songs machen, aufnehmen und produzieren ist bei mir wie gesagt Alltag. Auch da mache ich ja alles selbst. Ein Jahr, ein Album – das war bisher das Motto, und demnach hätte ich noch bis Ende 2024 Zeit für ein neues Album. Das letzte war ja »Vergessen? Nö« von Anfang diesen Jahres. Aber Ideen, unfertige Songs und Produktionsaufgaben habe ich zur Genüge, mir wird nicht langweilig.

DW: Wo soll die Reise von Yann Song King hingehen? Zu Universal-Music? Oder anders gefragt: Als Musiker wird man in der Regel nicht reich, aber wie kann Ihre widerständige Musik nachhaltig unterstützt werden?
Y.S.K.: Ich freue mich über die vielen Freunde und Fans, die ich in den letzten Jahren gewonnen habe. Sie unterstützen mich, indem sie meinen Telegram-Kanal abonnieren, zu Auftritten kommen, Bargeld in den Hut werfen, meine Alben kaufen und zur Weiterverbreitung der Musik beitragen. Wegen eines Durchbruchs aus unserer sogenannten Blase heraus, muss ich mir zum Glück keine Gedanken machen. Ich werde konsequent vom *Mainstream* ignoriert, was ich durchaus als Kompliment betrachte. Ich passe nicht in das Bild, das sie von der Bewegung zeichnen möchten. Wenn man weiter oben oder weiter da draußen ist, ist die Gefahr groß, seine Freiheit und seine Unabhängigkeit zu verlieren. Dann ist man auch weniger kreativ.

DW: Herr King, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp

Musik, weitere Infos und Kontakt zum Künstler findet man im Internet unter *yannsongking.de*

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

ZUVERSICHT
AUF OPPOSITION

Mit dem Demokratischen Widerstand kommt mir immer wieder die Zuversicht auf eine wirksame Opposition gegen schwächelnde Regierungen, machtlüsterne EU-Überstaatswünsche und vieles mehr. Ich danke Ihnen für Ihre einzigartige Wochenschrift.
– Roswita H., Berlin

GORDON PANKALLA
IN DW 143

Gordon Pankalla in Ehren, aber seine Gleichsetzung von Demokratiebewegung und Straßenklebern ist gänzlich abwegig. Der Demokratiebewegung ging und geht es um Grundrechte, die von Staatswegen in die Tonne gefeuert wurden. Die Straßenkleber hingegen verletzen mit moralisierenden Nachhaltigkeitsbeteuerungen die Straßenverkehrsordnung und werden von den *Mainstream*-Medien als »Letzte Generation« umsorgt. – Gordon Pankalla in Ehren, aber sein Glaube, der »Glaube an den Staat« werde nicht durch diesen – den Staat – selbst beschädigt, ist ein falscher Glaube. Die Rolle des Staates aus der Verantwortung zu nehmen, ist nicht hinnehmbar. – Gordon Pankalla in Ehren, aber sein Pauschalbegriff des Rechtsstaats bringt selbst juristische Laien aus der (Ver-)Fassung. Der Rechtsstaat umfasst sowohl republikanische, als auch demokratische und nicht zuletzt soziale Grundsätze. Also ist zu fragen, auf welche rechtsstaatlichen Grundsätzen sich Gordon Pankalla bezieht. Außerdem macht es einen enormen Unterschied, ob es sich beim Sich-Hinwegsetzen »über den Rechtsstaat« darum handelt, gegen die Grundsätze des Verfassungsstaats zu verstoßen, oder darum, einen Paragrafen des Gesetzesstaats zu verletzen, oder darum, jene Verordnungen des Verordnungsstaats nicht zu befolgen, die – wie im Fall der Corona-Zwänge – auf staatlichen Grundrechtsverletzungen basieren.
– Prof. Rudolph Bauer, Bremen

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Zinskritik ist kein Denkfehler

Warum die Kritik am Zins nicht einfach über Bord geworfen werden kann | Von Norbert Häring

Weil mit steigenden Zinsen die grundsätzliche Zinskritik wieder Auftrieb bekommt, hat der Chefredakteur der *NachDenkSeiten*, Jens Berger, seine schon 2011 erstmals erschienene Kritik an der Zinskritik am 7. August 2023 nochmals publiziert.

Aus meiner Sicht ist seine Gegenkritik zu sehr im kapitalistischen System verhaftet und berücksichtigt zudem systemische Effekte nicht ausreichend. Jens Berger nimmt in seinem Text Zinskritik – Rückkehr eines alten Denkfehlers für sich in Anspruch, mit dem Artikel Kritik an der Zinskritik von August 2011 die »Argumente« der Zinskritiker im Kern widerlegt zu haben, wobei er »Argumente« sogar in Anführungszeichen setzt, so als hätten die Zinskritiker gar keine richtigen Argumente. Ich finde, sie haben durchaus einen Punkt, auch wenn diejenigen, die ihre Kritik im Rahmen des kapitalistischen Systems formulieren, schnell an Grenzen stoßen. Deshalb hat Jens Berger auch recht mit der Feststellung, dass es ein Trugschluss wäre, zu meinen, man könne durch ein Zinsverbot – wie auch immer man das erreichen möchte – die ökologischen und sozialen Mängel des derzeitigen Systems beheben.

Im Folgenden wird zur Vereinfachung von einer Situation ohne Inflation ausgegangen oder – gleichwertig – von einem um die Inflationsrate reduzierten »Realzins«. Bei einem Zins in Höhe der Inflationsrate bekommt man als Kreditgeber, in Kaufkraft gerechnet, so viel zurück, wie man gegeben hat.

ZINS FÜR UNTERNEHMENSKREDITE

Die sehr systemimmanente Sichtweise Bergers wird schon deutlich, wo er zu Anfang erklärt, was Zins aus Sicht des Kreditnehmers und Kreditgebers ist. Er schreibt: »Unternehmen nutzen Kredite meist dazu, Investitionen vorzunehmen, mit deren Hilfe sie bessere wirtschaftliche Ergebnisse erzielen. Der Zins ist aus Sicht dieser Kreditnehmer eine Prämie dafür, mit Hilfe von Fremdkapital Investitionen vorzunehmen, um die eigene Ertragssituation zu steigern.«

Das ist richtig. Wichtig zu erwähnen wäre aber auch, dass der Zins ein Mittel ist, um im Sinne des kapitalistischen Systems zu steuern, wer bevorzugt auf gesamtwirtschaftliche Ressourcen zugreifen darf, um »Investitionen vorzunehmen und die eigene Ertragssituation zu steigern«. Es sind diejenigen, die die höchste Zahlungsfähigkeit und das größte verwertbare Vermögen (als Sicherheit) haben.

Es ist mitnichten garantiert, ja es ist nicht einmal wahrscheinlich, dass diejenigen, die (dank großer Marktmacht) den höchsten Gewinn erwarten dürfen und (dank verwertbarem Vermögen) die besten Kreditsicherheiten bieten können, die aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ertragreichsten Investitionen tätigen. Das kreditzinsgesteuerte System sorgt aber dafür, dass sie Kredit zu günstigen Konditionen bekommen und andere, kleinere, weniger reiche und marktmächtige, weniger etablierte Unternehmen entweder gar nicht oder nur zu schlechteren Konditionen bedient werden.



Dieser Geldhaufen muss wachsen: »Gäbe es keinen Zins, gäbe es auch keinen aufgeblähten Finanzsektor«, so Volkswirt Norbert Häring.
Foto: Christoph Scholz/Flickr/CC BY-SA 2.0.

Es gibt andere Möglichkeiten der Zuteilung. Stellen wir uns zum Beispiel eine Konsumgenossenschaft vor, die einen Betrieb gründet, um die Produkte herzustellen, die die Mitglieder der Konsumgenossenschaft haben wollen. Die Konsumenten strecken dem Produzenten die nötigen Betriebsmittel vor, damit er für sie gemäß Vereinbarung Waren produziert.

Oder stellen wir uns ein vergesellschaftetes Kreditsystem vor, in dem Kredite nach gesellschaftlichen Kriterien vergeben werden. Der Zins muss dann vielleicht dafür sorgen, dass die Kreditgeber keine Verluste machen, aber er wäre idealerweise nicht das Hauptzuteilungsinstrument.

Das soll vor allem deutlich machen, dass es ganz andere Sichtweisen gibt, wenn man die Prämissen des kapitalistischen Systems verlässt. Das Pro und Kontra der skizzierten Alternativen ist ein zu weites Feld, um es hier zu beackern.

ZINS FÜR IMMOBILIENKREDITE

Was Berger über den Zins für Kredite an private Haushalte schreibt, ist ein Beispiel für eine nicht ausreichend systemische Sicht. Er schreibt: »Privatleute ziehen mit Hilfe von Krediten meist Ausgaben vor, die ihnen einen wie auch immer gearteten Nutzen versprechen. (...) Wer beispielsweise ein Haus bauen will, hat zwei Möglichkeiten – entweder er spart und kauft sich das Haus, wenn er den nötigen Kapitalstock zusammengespart hat, oder er nimmt einen Kredit auf, mit dem er seine Investition vorzieht. (...) Für die Möglichkeit, sein Eigenheim bereits zu nutzen, lange bevor man es komplett bezahlt hat, muss man einen Preis bezahlen. Diese Prämie ist jedoch keine ›Zinsknechtschaft‹, sondern die freiwillig entrichtete Zahlung für den gewonnenen (vorgezogenen) Nutzen. Wer den Zins verbieten will und den Menschen somit die Möglichkeit auf einen Kredit nehmen will, nimmt ihnen auch die Möglichkeit, Investitionen, die ihnen sinnvoll erscheinen, zeitlich vorzuziehen. Der Besitz eines Eigenheims wäre somit de facto ein Privileg für Erben und Spitzenverdiener.«

Was hier fehlt, sind die Auswirkungen massenhafter und zunehmender Vergabe von Immobilienkrediten. Diese sind inzwischen das Hauptgeschäft der privaten Geschäftsbanken, nicht die Investitionskredite an Unternehmen. Auf dem Markt für bebaute oder unbebaute Grundstücke, deren Angebot nur sehr begrenzt erweiterbar ist, kommt der zum Zug, der den höchsten Preis bietet. Da nur wenige ohne Kredit den vollen Kaufpreis für Haus und Boden aufbringen können, macht der das Rennen, der den höchsten Kredit bekommt. Das sind nicht die Eigenkapitalschwachen, die laut Berger die Hauptnutznießer des Immobiliarkredits sind, sondern die begüterten Privatpersonen und Institutionen.

Wenn über beständig wachsende Immobilienkredite bei begrenztem Angebot an Grundstücken immer mehr Geld in den Immobilienmarkt fließt, steigen dort die Preise überproportional. Das führt dazu, dass die Käufer mehr Kredit brauchen, um ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen. Steigende Immobilienkredite schaffen dadurch die Notwendigkeit für weiter steigende Immobilienkredite und gleichzeitig treiben sie die Preise in die Höhe. Gerade für eigenkapitalschwache junge Familien ist es bei den heutigen Immobilienpreisen kaum noch möglich, das geforderte Eigenkapital für einen Immobilienkredit aufzubringen.

ES GIBT ALTERNATIVEN

Auch hier berücksichtigt Berger alternative Wirtschaftssysteme nicht. Die Alternative ist keinesfalls, dass man erst ein Eigenheim oder eine Wohnung erwerben kann, wenn man den Kaufpreis zusammengespart hat, wie Berger das darstellt. Stellen wir uns vor, privaten Banken würde das Immobilienkreditgeschäft ganz verboten, oder sie dürften es (inflationsbereinigt) nicht mehr ausweiten. Was würde passieren?

Es wurden bereits verschiedene, bessere Lösungen entwickelt. Sie heißen Bausparkasse, Kreditverein auf Gegenseitigkeit und Bau- und Vermietungsgenossenschaft. All diese alternativen Arrangements haben das Problem, dass die Banken Rosinenpicken betreiben und den attraktivsten Kreditnehmern besonders gute Angebote machen können. Kommt dann noch hinzu, dass der Zins stark schwankt, dann kommen solche Institutionen, die nicht mit einem (variablen) Zins operieren, immer dann in die Klemme, wenn der Marktzins besonders niedrig und damit das Angebot der Banken besonders günstig ist. Da Bausparkassen und Co. auf eine langfristig stabile Mitglieder- bzw. Kundenentwicklung angewiesen sind, tun sie sich sehr schwer, wenn es daneben Geschäftsbanken mit Immobiliengeschäft gibt. Würde das unterbunden, müssten die Leute nicht den ganzen Kaufpreis ansparen, sondern sie bekämen alternative Angebote, um einen vermutlich niedrigeren Kaufpreis teilweise vorzufinanzieren. Das kann auch mit sehr niedrigen oder ganz ohne Zinsen funktionieren.

KEINE AUTOMATISCHE GELDMENGENAUFBLÄHUNG

Recht hat Berger, wenn er argumentiert, dass der Zins nicht zu einer exponentiellen Steigerung der Geldmenge führe, auch wenn seine Begründung nicht ganz korrekt ist, oder mir nicht richtig verständlich.

Der Zinszahler muss einen Überschuss erwirtschaften und auf sein Konto einzahlen. Dieses Guthaben in Höhe der Zinsschuld streicht die Bank. Es wird nicht auf ein anderes Konto gebucht, denn die Bank hat kein Konto bei sich selbst. Die Geldmenge sinkt also im ersten Schritt. Durch die Guthabenstreichung erzielt die Bank einen Betriebsüberschuss. Dieser ermöglicht es ihr zum Beispiel, ohne Verlust eine Mitarbeiterin im Kreditgeschäft zu bezahlen. Dies geschieht normalerweise im Wege der Geldschöpfung, indem die Bank den entsprechenden Betrag auf dem Konto ihrer Mitarbeiterin gutschreibt. Die Geldmenge sinkt also zuerst und steigt dann wieder um den Betrag der Zinszahlung. Die Zinszahlung hat keine Auswirkung auf die Geldmenge.

INDIREKTER WACHSTUMSZWANG

Komplizierter ist es mit dem Vorwurf, dass Zinsen zu einem »Wachstumszwang« führten. Berger meint den Denkfehler dahinter mit dem Hinweis zu enttarnen, dass nicht hohe, sondern niedrige Zinsen die Konjunktur ankurbeln, also das Wachstum erhöhen. Ich würde hier einwenden, dass es hier vor allem auf die Zinsänderung ankommt, nicht so sehr auf das Niveau, aber das will ich hier nicht vertiefen.

Fortsetzung auf Seite 10

WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

ES IST VORSATZ, KEIN VERSAGEN!

Mittlerweile haben wir das ja in etwa verstanden: Sie (was immer der Einzelne/die Einzelne darunter verstehen mag) treiben selten mehr als eine Sau gleichzeitig durchs Dorf. Stattdessen immer schön eine nach der anderen. Dies lässt sich weit zurückverfolgen, viel weiter als bis zur Ölkrise 1975. Ölkrisen, Konsolidierungskrisen, Einigungskrisen, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Klimakrisen – und das sind nur jene aus dem deutschen Sprachgebrauch. Dazu kommen all die Kriege, die meisten aus demselben Lager angezettelt. Nur drei US-Präsidenten haben es bisher geschafft, während ihrer Amtszeit keinen Krieg anzuzetteln. Einer hat das mit dem Leben bezahlt. Das spricht eine deutliche Sprache.

Und dann, gut vorbereitet – Bill Gates und Konsorten sei Dank – kam sie endlich, die globale Pandemie. Alle waren gleichzeitig betroffen, die Welt musste zusammenhalten. Der Dank geht an das WEF, denn dort werden all die fähigen Politiker ausgebildet und umgehend in den Parlamenten etabliert. Nur durch sie wurde es möglich, in kürzester Zeit der ganzen Welt die Maske zu verpassen. Abgedroschen, aber halt leider sehr nahe an der Wahrheit. Auch eine Wahrheit: Die ewigen Sieger haben immer dasselbe Gesicht, es sind immer dieselben Namen, zu keinem Zeitpunkt auf eine Branche reduziert. Blackrock und Co. lassen grüßen, das Netzwerk funktioniert. Helmut Kohl wusste schon, warum er besser geschwiegen hat.

Und jetzt? Auf den Teil der 99 Prozent des deutschen Mittelstands, der auf der AfD, den Russen und den vielen Autos herumhackt, selbst E-Auto fährt und sich auf der Straße festklebt, braucht man wohl nicht zu hoffen. Diese Menschen werden durch Brot und Spiele in vielfältigster Art und Weise dominiert. Bildung ade, Verstand ade, dafür nachplappern, was der *Mainstream* sagt. Das ist ein Niedergang *made in Germany*. Aber so ist das, wenn dem eigenen Staat die wahre Souveränität abhandengekommen ist. Es ist Vorsatz, kein Versagen.

Der Rest dagegen, und das sind mittlerweile doch erstaunlich viele, hat verstanden, dass die Veränderungen im eigenen Leben die Voraussetzungen für eine bessere Zukunft sind. Und diese Menschen handeln – vielfältig und unterschiedlich. Das ist gut so. Ihnen gebührt der Dank.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

Auf einer grundlegenderen, weniger systemimmanenten Ebene kann man dem Zins durchaus die Wirkung des »Wachstumszwangs« zuschreiben. Zuvor sei allerdings noch der letzte Irrtum erwähnt, den Berger zu entkräften meint, der Vorwurf, dass der Zins zu Umverteilung von unten nach oben führe. Denn er hängt mit dem Wachstumszwang-Argument zusammen. Diesem begegnet Berger mit dem Argument: »Empirisch lässt sich der Zusammenhang von Zins und Vermögenskonzentration jedoch relativ einfach widerlegen, wenn man sich die Periode von 1945 bis 1980 anschaut. Diese Periode wird auch als ›große Kompression‹ bezeichnet. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass sich nicht nur die Einkommens-, sondern auch die Vermögensschere in allen westlichen Industrieländern immer weiter geschlossen hat. Während dieser Periode hat sich jedoch kaum etwas am Geld- oder Zinssystem verändert. Was diese Periode auszeichnete, war vielmehr ein klares Bekenntnis seitens der Politik, mittels Gesetzen und des Steuersystems für eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu sorgen.«

Dass es in der Nachkriegszeit Zinsen gab, stimmt. Aber sie waren stark reguliert, mit dem Ziel, sie niedrig zu halten. Man nennt das, was damals stattfand, unter Ökonomen heute »finanzielle Repression«. Am Beispiel der *Regulation Q* in den USA lässt sich das besonders leicht zeigen. Diese 1933 erlassene Vorschrift legte Höchstgrenzen für Zinsen von verschiedenen Arten Bankguthaben fest. Ab Mitte der 70er-Jahre wurden Umgehungen der Regulierung zunehmend legalisiert und die Zinsobergrenzen außer für Girokonten bis 1986 nach und nach aufgehoben.

Wegen des dollarbasierten Festkurssystems der Nachkriegszeit wirkte sich *Regulation Q* auch in Deutschland zinssenkend aus. Aber auch in Deutschland selbst galten in der von Berger angeführten Periode Zinsobergrenzen und andere Regulierungen, die mit »finanzieller Repression« bezeichnet werden, darunter Goldbesitzverbot, Kapitalverkehrskontrollen, Zwangsanleihen und der Betrieb von Staatsbanken. Abgesehen davon entstehen Wachstumszwang und Vermögenskonzentration durch den Zins auf einer anderen Ebene. Der Zins ist das Schlüsselelement des kapitalistischen Finanzsystems. Der vermeintlich risikolose Zins von Staatsanleihen ist sein Dreh- und Angelpunkt. Über das »Abzinsen« kann der Finanzsektor allem, was sich in Geld bewerten lässt, auch wenn es weit in der Zukunft stattfindet, einen heutigen Wert, einen »Barwert«, geben und es so handelbar machen und handeln. Der risikolose Zins ist die wichtigste Zutat in den imaginären »Kapitalkosten«, mit denen die Zunft der Unternehmensberater und Buchhalter eine Untergrenze für den kurzfristigen Unternehmensgewinn setzt, den das Management jedes Unternehmens erzielen muss. Einen niedrigeren Gewinn definieren sie auf diese Weise in einen Verlust um. Die Finanzbranche setzt diese Gewinnuntergrenze in der Breite durch, indem Unternehmen, die sie nicht erreichen, zum Beispiel wegen einer zu großen Betonung langfristiger Stabilität und Nachhaltigkeit, feindlich übernommen oder anderweitig ausgeschlachtet werden, wenn sie nicht rechtzeitig ihr Management austauschen.

Gäbe es keinen Zins, gäbe es auch keinen aufgeblähten Finanzsektor dieser Art. Würde das nötige Kapital auf andere Weise zugeteilt, wie oben bereits angedeutet, ohne dass die Vermögenszuwächse einer immer reicher werdenden Schicht mit den Erträgen finanziert werden müssten, den könnte und würde die Gesellschaft mit erheblich weniger Wirtschaftswachstum auskommen. Sehr vieles, was zwar Gewinn bringt, aber keine originären Bedürfnisse der Menschen befriedigt, würde nicht stattfinden.

Dagegen kann man nicht – wie Berger es tut – anführen, dass in ausgeprägten Niedrigzinsphasen das Wachstum typischerweise gering ist. Das ist eine Folge der Krisenanfälligkeit des Systems, das nach übersteigertem Wachstum gern in den Krisenmodus übergeht und dann mit stark gesenkten Zinsen wieder aufgepäppelt werden muss. Auf die Zinsänderung kommt es dabei an, nicht auf das Zinsniveau.

Auch über die massive Verteuerung von Boden und damit des Wohnens sorgt der Zins indirekt für Wachstumszwang. Denn indem es die Wohnkosten überproportional steigen lässt, sorgt das zinsgetriebene Immobilienkreditgeschäft dafür, dass die Menschen bei steigendem Wohlstand nicht aufhören, mehr Geld verdienen zu wollen. Ein Durchschnittshaushalt mit Kindern wird auch in einem reichen Land aufgrund der Kosten einer Wohnung im Mittelschichtstandard genötigt, mit vollem Einsatz an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts mitzuarbeiten.

FAZIT

Ja, viele der Argumente der Zinskritiker überzeugen nicht, wenn diese versuchen, sie systemimmanent vorzutragen. Kapitalismus ohne Zins kann tatsächlich kaum funktionieren. Aber wenn man den Rahmen erweitert und andere Wirtschaftsmodelle zulässt, kann man sehr gut zu dem Ergebnis kommen, dass solche ohne Zins vorzuziehen wären. Wirtschaftsmodelle, die ohne oder mit sehr niedrigem Zins auskommen, sind Elemente einer Zurückdrängung des Kapitalismus. Ein Zinsverbot als Allheilmittel wäre dagegen eine unrealistische Wunschvorstellung. Mit einem Federstrich lässt sich der Kapitalismus nicht abschaffen.



Norbert Häring, geb. 1963, ist promovierter Volkswirt und Wirtschaftsjournalist. Er schreibt u. a. für das Handelsblatt.

Dieser Artikel erschien auf dem unabhängigen Nachrichtenportal apolut.net. Dort ist er in Gänze als Audiostrecke abrufbar.



Von Norbert Häring erschien zuletzt 2021 das Buch »Endspiel des Kapitalismus – Wie die Konzerne die Macht übernahmen und wie wir sie zurückholen« im Quadriga-Verlag.

MELDUNG

KONVENTIONELLER WOHNUNGSBAU: PREISE STARK GESTIEGEN

Berlin/DW. Dem Wohnungsbau in Deutschland droht nach Einschätzung von Fachleuten laut eines Berichts der *Wirtschaftswoche* ohne grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen eine jahrelange Misere. Bauen sei zu teuer geworden. Der rasante Anstieg der Baukosten mache den frei finanzieren Wohnungsbau für viele Bauträger unrentabel. Um die Kosten hereinzuholen, müsste die Quadratmetermiete für eine neue Wohnung nach Meinung der Kieler *Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen* derzeit bei etwa 18 Euro liegen. »Im Mai lagen die Baupreise für konventionellen Wohnungsneubau um 36 Prozent höher als im Frühsommer 2020«, erklärt Ludwig Dorffmeister, der Bau- und Immobilienfachmann des Münchner Ifo-Instituts. (kmü)

CIAO BRUMMI, DIE GROSSE TRANSFORMATION

Berlin/DW. Die Bundesregierung plant ab dem 1. Dezember 2023 die Autobahn-Maut für LKWs nahezu zu verdoppeln. Dies wurde aus Regierungserklärungen bekannt. Die Maut ist an die Menge des »CO_2-Ausstoßes« gekoppelt. Damit will die Bundesregierung zum einen Verbrennermotoren verdrängen und zum anderen mit den Mehreinnahmen das E-Tanksäulen- sowie das Bahnnetz ausbauen, wird verlautbart. Kritiker von Seiten der Industrie und aus der Logistikbranche bemängeln, dass das E-Tanksäulen-Netz für diesen Schritt nicht bereit sei, ebenso wenig das Bahnnetz. Es werde zu massiven Staus und Verzögerungen kommen. Auch seien kleine Speditionen nicht in der Lage schnell auf E-LKWs umzustellen oder mit den hohen Mautpreisen konkurrenzfähig zu bleiben. Die Kosten würden Großspeditionen auf die Bürger abgewälzen, was eine weitere Verteuerung zur Folge hätte. (hes)

GLOBALISTEN GEHEN ZU PENNY

Berlin/DW. Die Rewe-Penny-Aktion »Die wahren Kosten« (siehe DW 143) wurde mit EU-Mitteln finanziert. Dies recherchierte die Journalistin Martina Binnig für den Internet-Blog *Achgut*. Demnach wurden die maßgeblichen Wissenschaftler aus EU-Fördertöpfen finanziert. Deren Studie zur Penny-Schröpfaktion soll Anfang 2024 veröffentlicht werden.

»Es gehört nicht sonderlich viel Fantasie dazu, davon auszugehen, dass die Schlussfolgerungen aus der Studie sich mit den politischen Leitlinien der Europäischen Kommission decken werden – besonders hinsichtlich der Ernährung und der Lieferketten«, schlussfolgert Binnig. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula Leyen wird nun auch in Regierungs- und Konzernmedien u. a. wegen ihrer geheimen SMS-Spritzen-Deals unter massiven Korruptionsverdacht gestellt (*DW* berichtete frühzeitig).(hes)

INTERNATIONALE KLIMADIKTATUR

Wie Konzerne und Regierungen den »Kampf gegen den Klimawandel« gegen die Menschen führen | BERICHT von Felix Feistel

Nachdem die simulierte Coronapandemie im Sande verlaufen ist und eine große Umgestaltung des internationalen Systems in Gang setzte, wird diese nun unter dem Vorwand des Klimawandels fortgesetzt.

Den ganzen Sommer über verbreiten die Regierungen Panikmache über Hitzewellen, die dann größtenteils ausblieben. Sie belogen die Öffentlichkeit über hohe Temperaturen in Südeuropa und verschwiegen dabei, dass sie statt der Luft- die Bodentemperaturen maßen. Von vielen Regierungen der Welt werden Maßnahmen gefordert, unter anderem von der deutschen, deren Gesundheitsminister an »Hitzeschutzplänen« arbeitet, die es auch ermöglichen sollen, Veranstaltungen abzusagen, sodass einige bereits von Klima-*Lockdowns* sprechen.

Auch international wird ein entschiedenes Vorgehen »gegen den Klimawandel« proklamiert. So forderte der österreichische Gesundheitsminister Johannes Rauch auf dem 2. SDG-Dialogforum, das im Herbst vergangenen Jahres stattfand, und dass die Umsetzung der sogenannten UN-Nachhaltigkeitsziele in Österreich überwachen soll, ein »radikales« Vorgehen und zog Vergleiche mit der »Pandemiepolitik« (*DW* berichtete). Wörtlich sagte er: »Ich finde den Beitrag extrem spannend, den Quervergleich zu ziehen zwischen der Pandemie und der Pandemiebekämpfung und dem, wo wir in der Klimafrage stehen. Wir haben es in der Pandemiebekämpfung (...) geschafft, weltweit in einer Radikalität zu agieren, auch hier in Österreich, mit Maßnahmen, die vollkommen unvorstellbar waren. Wir haben Sondersituationen geschaffen, auch gesetzliche, weil wir Dinge außer Kraft gesetzt haben, Eingriffe in Freiheitsrechte vorgenommen (...), die unvorstellbar waren.«

Und er schließt mit der Frage: »Wie viel Radikalität in Analogie zur Pandemiebekämpfung trauen wir uns wirklich zu, als Politik und als Gesellschaft?« Der österreichische Gesundheitsminister Rauch hob auch die entscheidende Bedeutung der Medien für die politische Reaktion hervor, wie etwa die künstliche Panik mit den »Bildern von Bergamo«. Ministerkollegin Leonore Gewessler erklärte auf derselben Veranstaltung, dass die Maßnahmen nicht radikal, sondern notwendig seien.

KRIEG DEN HÜTTEN, FREUDE IN DEN PALÄSTEN

Wie »radikale« Klimapolitik aussehen könnte, machte nun der umstrittene französische Präsident Emmanuel Macron vor. Dieser kündigte an, seine Regierung plane, die Vermietung von Wohnungen zu verbieten, die nicht die geeignete Gebäudeenergieeffizienzklasse aufweisen. Nun als »klimaschädlich« geltende Altbauten sollen damit in Zukunft nicht mehr vermietet werden dürfen. Damit will man die Eigentümer zu »energetischen Sanierungen« zwingen. Dies jedoch ist teuer, was dazu führt, dass viele ihre Häuser werden verkaufen müssen – ein gefundenes Fressen für die Immobilieninvestoren. Auch jene, die sich die Sanierungen leisten können, werden die Kosten auf ihre Mieten aufschlagen, was sich jedoch nicht jeder wird leisten können. Damit nimmt die ohnehin schon verbreitete



Demokraten verteidigen den Nationalstaat als letztes Mittel gegen die Konzern-Weltherrschaft. Foto: Georgi Belickin

Wohnungsnot in Frankreich weiter zu. Das *Handelsblatt* führt dazu aus: »Studenten und Geringverdiener sind von den neuen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt besonders betroffen, weil kleine Wohnungen oft unter dem Dach liegen und wenig isoliert sind. Makler in Frankreich erwarten daher, dass sich die Lage zum Wintersemester zuspitzen wird, wenn Studenten ihre Wohnungen verlassen und neue einziehen wollen.« Éric Allouche, Direktor von France Era Immobilier, einem Franchise-Netzwerk für Immobilienmakler wird mit folgender Warnung zitiert: »Der Mietmarkt ist schon unter Druck mit wenig Angebot und viel Nachfrage vor allem in den großen Städten. Es wird noch weniger Mietwohnungen geben.«

In Frankreich formiert sich Widerstand gegen diese Pläne, der jedoch unter dem Verweis, das Wohnen ein Drittel aller CO2-Emissionen des Landes verursache, abgeschmettert wird. Einige versuchen die Regelungen zu umgehen, indem sie ihre Immobilien als »Ferienwohnung« vermieten. Die Politik reagiert, indem sie über Energieregeln für Ferienhäuser diskutiert.

Frankreich prescht damit jedoch lediglich mit Plänen vor, die ohnehin für die ganze EU vorgesehen sind. Denn die sogenannte *Fit for 55*-Richtlinie sieht dasselbe für alle Länder innerhalb der EU vor. So soll bis 2033 der CO2-Ausstoß in der EU um 55 Prozent reduziert werden, insbesondere mit schweren Einschnitten im Immobilienbereich. Bis 2033 müssen alle Gebäude mindestens Gebäudeenergieeffizienzklasse D oder höher aufweisen, ansonsten dürfen sie dem Plan nach nicht mehr vermietet werden. Auch hier eröffnet die Politik der Immobilienbranche den Zugriff auf das Eigentum der Bürger, denn nicht alle werden sich diese Sanierungen leisten können. Es handelt sich um eine schleichende Enteignung zur Freude großer Konzerne.

PRIVAT-ÖFFENTLICHE PARTNERSCHAFT

Doch der Klimawandel wird nicht nur zur Enteignung herangezogen, sondern dient auch der Forderung nach einer globalen Klimaregierung, wie sie der brasilianische Präsident Lula Da Silva in einem Interview nun erhob. Er erklärte, dass demokratische Regierungen den Entscheidungen, die auf Klimagipfeln getroffen werden, oft nicht zustimmten, weshalb es eine »Restrukturierung der UN« brauche. Brasilien investiere daher in *Global Governance* (dt. Konzern-Weltherrschaft). Damit fordert er, den Nationalstaaten die Souveränität zu entziehen und sie auf die UN zu übertragen. Lula gab das Interview anlässlich der Bestätigung, dass der Weltklimagipfel 2025 in Brasilien stattfinden werde. Er war zuvor schon mit diktatorischen Entscheidungen aufgefallen, etwa als er verkündete, dass Sozialhilfeempfängern das Geld gestrichen werde, wenn sie sich nicht gegen Corona »impfen« ließen.

Die globale Weltregierung könnte auch unter dem Deckmantel der Gesundheit durchgesetzt werden. Denn aktuell verhandeln die Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über einen sogenannten Pandemievertrag sowie die Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften. Diese Reform sieht unter anderem vor, das Bekenntnis zu den universellen Menschenrechten zu streichen (*DW* berichtete). Der neue Vertrag überträgt der WHO zudem die Befugnis, beliebig Pandemien auszurufen und Maßnahmen dagegen zu ergreifen, die von den Staaten umgesetzt werden müssen. Tun sie das nicht, können ihnen Unterstützungsleistungen vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank gestrichen werden.

Dass Klima und Pandemien auch gemeinsamer Vorwand für die Aushebelung der Souveränität von Staaten und der Grund- und Menschenrechte genutzt werden können, dazu dient der *One Health*-Ansatz. Dieser wird auf internationaler Ebene der UN und der WHO etabliert und besagt, dass Umwelt, Ernährung, Klimawandel und auch soziale Faktoren zu Krankheiten beitragen und daher auf allen Ebenen angesetzt werden muss, um Pandemien zu verhindern. Was prinzipiell ein richtiger Ansatz ist, wird dazu missbraucht, den Nahrungssektor in den Händen weniger Konzerne zu monopolisieren und unter dem Vorwand der Gesundheit Landwirte zu enteignen, wie es in den Niederlanden bereits geschieht. Ebenso sollen Insekten als Nahrungsmittel etabliert werden, da sie als weniger »klimaschädlich« gelten. Auch jeder andere Sektor, jener der Gesundheit, der Landwirtschaft, der Energieversorgung und des Wohnens, kann unter diesen Vorwänden enteignet und dann in den Händen von Oligarchen und Finanzinstitutionen wie Blackrock monopolisiert werden.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

KEIN KRIEG, ABER KÄMPFE

Niamey/DW. Der angekündigte große Krieg im Niger fällt bislang aus. Stattdessen gibt es »niedrigschwellige« Terror- und Destabilisierungsakte in dem afrikanischen Land, in dem Militärs gegen den Nato-loyalen Präsidenten geputscht hatten. So sollen Medienberichten zufolge am 15. August 2023 17 Regierungssoldaten bei einem Angriff von Paramilitärs bzw. Terroristen getötet worden sein, 20 weitere wurden verletzt. Nigers Nachbarländer, die im sogenannten Ecowas-Bund organisiert sind, hatten ihr Ultimatum an den Niger auslaufen lassen und entgegen ihrer Ankündigung keinen offenen Krieg begonnen. Anscheinend war der Rückhalt in der Nato, deren Kräfte in der Ukraine gebunden sind, nicht groß genug. Die Unterstützung von bewaffneten Randgruppen zur Destabilisierung ist seit Jahrzehnten Teil von US-Strategien. (hes)

ZWEI POLITIKER ERSCHOSSEN

Quito/DW. In Ecuador wurde am 9. August der aussichtsreiche Präsidentschaftskandidat Fernando Villavicencio beim Verlassen einer Wahlkampfveranstaltung erschossen. Ein Attentäter schoss ihm drei Mal in den Kopf, neun weitere Menschen wurden verletzt, unter ihnen ein weiterer Politiker und zwei Polizisten. Der Verdächtige erlag später Verletzungen, die er sich bei einem Schusswechsel mit der Polizei zuzog. Die Präsidentschaftswahlen in Ecuador finden am 20. August statt. Nur wenige Tage nach der Ermordung Villavicencios wurde im Norden des Landes mit Pedro Briones, Anführer der Partei Bürgerrevolution des linken Ex-Präsidenten Rafael Correa, zudem ein Lokalpolitiker von Unbekannten erschossen. (ff)

RUSSEN: »POLEN ARBEITEN AN STÄRKSTER ARMEE EUROPAS«

Moskau/DW. Auf einer Sitzung des russischen Verteidigungsministeriums erklärte Verteidigungsminister Sergei Schoigu, dass Polen daran arbeite, die stärkste Armee Europas aufzubauen, um die Westukraine zu besetzen. Das berichtete die in der EU zensierte russische Auslandswelle *Russia Today*. Zu diesem Zweck hätte Polen bereits damit begonnen, verschiedene Waffensysteme von seinen Partnern in Großbritannien, den USA und Südkorea zu beordern. Schoigu fügte demnach hinzu, dass Polen das Hauptinstrument der antirussischen Politik der USA sei. Gerüchte über den Plan Polens, die Westukraine zu besetzen, gibt es seit Beginn des Krieges in der Ukraine. (ff)

SONDERERMITTLER IM FALL HUNTER BIDEN

Washington/DW. Im Fall Hunter Biden setzt US-Justizminister Merrick Garland nun einen Sonderermittler ein. Demnach soll Anwalt David Weiss aus dem US-Bundesstaat Delaware die Ermittlungen leiten. Einen Deal mit Hunter Biden hatte das Justizministerium zuvor abgelehnt. Dem Sohn des US-Präsidenten Joe Biden werden Steuerhinterziehung und illegaler Waffenbesitz zur Last gelegt. (ff)

»Die Medizin sieht als Maschi

Psychoneuroimmunologe Prof. Dr. Dr. Christian Corona zu den Ärzten und Psychologen, die lautst Maßnahmen äußerten. Im DW spricht er darüber, w läuft und verrät, warum Querdenker gesünder lebe

DW: Herr Professor Schubert, Sie sind seit mehr als 25 Jahren als Psychoneuroimmunologe tätig. Was genau hat man darunter zu verstehen?
Christian Schubert: Ich beschäftige mich mit der Wechselwirkung von Psyche, Nervensystem und Immunsystem. Es geht im Gegensatz zur konventionellen Schulmedizin um eine ganzheitliche Betrachtungsweise von Körper, Geist und Seele.

DW: Das Leben hat sich für viele Menschen in den vergangenen drei Jahren grundlegend verändert. Alles, was bis 2020 normal war, gilt heute als rechts, rassistisch, sexistisch, homophob ... Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?
C.S.: Es ist eine Art der Paradoxie. Rechts, rassistisch, sexistisch, homophob sind doch die, die uns das vorwerfen. Das ist Projektion, ein Abwehrmechanismus bei Angst. Das, was ängstigt und was man nicht sein will, schiebt man auf »die anderen«. Wir haben es mit einer Massenpsychose, so wie es auch der belgische Psychologe Mattias Desmet beschreibt, mit Irrationalität und Pseudorealität zu tun. In der Irrationalität der Angst vieler Menschen sehe ich die Ursache für deren pseudorealistisches Verdrehen der Wirklichkeit mit der Gefahr, dass wir in einem Totalitarismus enden.

DW: Wie war das Szenario, das wir bei Corona erlebten, überhaupt möglich?
C.S.: Man stellte eine Milchmädchenrechnung auf, die jeder nachvollziehen konnte: Wir sollten uns nicht infizieren, also wurden wir voneinander getrennt. Das war für die meisten logisch, weshalb sie folgten, zumal sie zuvor in Angst und Panik versetzt worden waren. Die psychischen und sozialen Bedürfnisse von Menschen, die essenziell für die Gesundheit sind, wurden außen vorgelassen. Man behandelte uns wie Maschinen. Wir werden ohnehin immer mehr zu ferngesteuerten Robotern, die einer menschenentfremdeten Ideologie dienen.

»DIE MENSCHEN WISSEN NICHT MEHR, WER SIE SIND«

DW: Wie kann das sein?
C.S.: Grundlage dafür sind ein kaputtes Medizinsystem und eine kranke Kultur mit einem falschen Menschenbild, denn Psyche und Soziales werden nicht in den Vordergrund unserer Existenz gestellt. Die Menschen wissen nicht mehr, wer sie sind. Sie haben verlernt, sich selbst und andere zu spüren. Es ist eine Entwicklung, die aus meiner Sicht vorhersehbar war.

DW: Inwiefern?
C.S.: Wir denken in der Medizin von unten nach oben, haben ein dualistisches bzw. reduktionistisches Menschenbild. Das heißt: Wenn wir krank sind, glauben wir, es habe mit unserem Körper zu tun. Das ist eine Ideologie, die gesellschaftlich-kulturell in uns verankert ist und von bösen Mächten – etwa dem digital-finanziellen Komplex, vor dem Ernst Wolff immer wieder warnt – missbraucht werden kann, um die Welt neu zu ordnen und uns in eine Lebensform zu bringen, in der wir diesen Herrschern noch mehr dienen als ohnehin schon. Es geht um Bio-Macht und Bio-Politik im Sinne von Michel Foucault, also um Medizin als schmutziges Geschäft. Schon im Dritten Reich wurde die menschenentfremdete Medizin von einer bösen Herrschaft missbraucht und bediente sich dieser umgekehrt auch. Diese Missbrauchsgeschichte der Medizin wiederholt sich nun.

DW: Und die Medien machen munter mit.
C.S.: Wie vor 80 Jahren. Auch damals wurde die Masse dirigiert und in eine Richtung gelenkt, in die sie nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges auf keinen Fall wollte – nämlich in den Zweiten Weltkrieg. Daran erkennt man, was für ein starkes Machtinstrument Propaganda ist. Aber wissen Sie, was mich während Corona neben den Medien am meisten enttäuscht hat? Das fehlende Demokratiebewusstsein zahlreicher Mitmenschen. Ich kann durchaus verstehen, wenn man sich impfen lässt, weil man Angst vor einer Erkrankung hat. Sich aber einen experimentellen Stoff spritzen lassen, um Urlaubsreisen machen zu können, das ist für mich ein demokratiepolitisches No-Go. Offenbar weiß ein Großteil der Bevölkerung gar nicht, was Demokratie überhaupt ist. Anders ist nicht erklärbar, wie die Menschen akzeptieren konnten, wie sehr in ihre Grundrechte eingegriffen wurde.

DW: Insbesondere die sogenannte Impfung sorgte für eine Spaltung in der Gesellschaft, die bis tief in die Familien ging.
C.S.: Zunächst wurden Maßnahmen drangsalierend durchgesetzt, ehe die Impfung als Lösung präsentiert wurde, obwohl die Stoffe völlig ungeprüft waren. Der gesunde Menschenverstand hätte dieses Vorgehen niemals zugelassen. Und wir hatten definitiv einen Impfzwang, auch wenn die verantwortlichen Politiker heute das Gegenteil behaupten. Der soziale Druck war enorm. Die Spaltung der Familien war das Grausamste, was das »Trio Infernale«, also Regierungen, Medizin und Medien, angerichtet haben.

DW: Haben die psychischen Erkrankungen seit 2020 zugenommen?
C.S.: Ja, dies belegen die Zahlen ganz klar. Man muss sich das mal vorstellen: Man wollte mit den Corona-Maßnahmen eine Triage auf den Intensivstationen verhindern. Dafür sorgte man für eine Triage in den Kinder- und Jugendpsychiatrien. Wie paradox ist das? Da psychische Erkrankungen das Immunsystem massiv beeinträchtigen, müssen wir von schlimmen langfristigen Schäden ausgehen. Es ist ein Drama.

DW: Wie schafft man es, in diesen schwierigen Zeiten psychisch und mental gesund zu bleiben?
C.S.: Ich selbst finde Halt in meiner Familie und in dem, was ich tue. Grundsätzlich wichtig sind: Selbstbestimmtheit, Eigenverantwortlichkeit, kritisches Denken und Wissen. Man sollte sich multiperspektivisch informieren und stets auf sein Bauchgefühl hören. Das alles steigert das Selbstbewusstsein und verringert Angst. An allererster Stelle bleibt für mich die soziale Gemeinschaft, weshalb man sich ein Netzwerk mit Gleichgesinnten schaffen sollte. Aus meiner Sicht sind Querdenker die gesünderen Menschen.



Der gebürtige Oldenburger Christian Schubert ist Professor an der Universitätsklinik für Psychiatrie II Innsbruck (Österreich) und Autor zahlreicher Bücher, darunter »W heißt »Geometrie der Seele: Wie unbewusste Muster das Drehbuch unseres Lebens bestimmen«. Foto: privat.

»AUF SUBTILE ART SOLL DIE ANGST AUFRECHTERHALTEN WERDEN«

DW: Warum?
C.S.: Weil sie all das, was ich gerade aufgezählt habe, beherzigen. Sie wirken auf mich selbstbestimmter, überlassen das Denken nicht anderen und lassen sich nicht auseinandertreiben. Sie verfügen über eine Resilienz, mentale Stärke, sie sind mutig und weniger anfällig für Angst- und Panikmache. Mein Eindruck nach zahlreichen Vorträgen in den vergangenen drei Jahren ist, dass diese Menschen zudem naturnäher und gottgläubiger sind. Das alles sind Faktoren, die in der Psychoneuroimmunologie mit besseren Immunwerten assoziiert werden. Und natürlich blieben sie größtenteils ungeimpft.

DW: Was uns sicher guttut, ist, ÖRR und *Mainstream*-Medien zu meiden.
C.S.: Ja, ich schaue kaum ÖRR. Wenn, dann nur, um zu sehen, was der Gegner macht. Neulich habe ich die *Show* »Der Quiz-Champion« mit Johannes B. Kerner gesehen. Direkt hinter dem Moderator saßen zwei Menschen mit riesigen FFP2-Masken, die bis unter die Augen gingen. Das war natürlich kein Zufall, vermutlich waren es zwei Leute aus dem Produktionsteam. Auf subtile Art soll die Angst aufrechterhalten werden, schließlich stehen die Masken bis heute als Symbol für ein vermeintliches Killervirus. Wir haben es hierbei mit Tiefenindoktrination zu tun.

DW: Erklären Sie das bitte!
C.S.: Damit meine ich die bewusste Verwendung von Techniken, die darauf abzielen, über unbewusste Prozesse den Menschen

Menschen nur nen!«

Schubert gehörte während ark Kritik an Spritzen und as in unserem System falsch n | Interview von Klaus Müller



as uns krank macht – Was uns heilt: Aufbruch in eine neue Medizin«. Sein aktuelles Werk

in seinem Erleben und Verhalten zu manipulieren. Mit der Tiefenindoktrination kann man, ohne dass wir es merken, unsere Aufmerksamkeit lenken, unser Denken und Fühlen beeinflussen, Empörung auslösen oder auch verstummen lassen. Noam Chomsky (amerikanischer Sprachwissenschaftler und Systemkritiker) und Rainer Mausfeld (emeritierter Psychologie-Professor/Anm. d. Red.) haben sich intensiv mit diesen Techniken beschäftigt. Per Tiefenindoktrination können sie Menschen im Glauben lassen, dass sie sich frei fühlen und im demokratischsten Land leben, selbst wenn dies ganz und gar nicht der Fall ist.

Das beste Beispiel ist unsere Medizin: Sie macht uns eher krank als gesund. Wie perfide muss unser System organisiert sein, dass wir dennoch glauben, sie nutze uns? Gute Propaganda darf nicht auffallen, sie muss geradezu als Selbstverständlichkeit erscheinen. Hier liegt eine Nähe zur Pseudorealität.

DW: Inwiefern?
C.S.: Auch diese schafft es, selbst bei gesunden, intelligenten Menschen, nicht aufzufallen, ja, diese sogar so weit zu bringen, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie den pseudorealistischen Unsinn logisch umdeuten, anstatt ihn als ideologische Paralogik abzulehnen. Denken Sie daran, was uns vorgemacht wird: Krieg bedeutet Frieden, obwohl wir doch intuitiv wissen, dass das nicht stimmt und unlogisch ist. Oder dass Unterwerfung Pflicht, Gehorsam eine Tugend und Ungehorsam eine Sünde sein soll.

DW: Die Waffenindustrie hat kein Interesse am Frieden, sie braucht Kriege. In der Medizin ist es ganz ähnlich, oder?
C.S.: Die Pharmaindustrie braucht kranke Menschen. Nur mit ihnen lässt sich Geld verdienen. Die Ökonomisierung der Medizin ist eine Schande, denn sie hat nicht das Wohl der Patienten im Auge. Die vorhin erwähnte Massenpsychose dürfte eine ihrer Quellen im Neoliberalismus haben, der heute für eine aus den Fugen geratene Wirtschaftspolitik steht, die von Deregulierung und Privatisierung staatlicher Aufgaben geprägt ist, um noch mehr Kohle zu scheffeln. In den vergangenen 50 Jahren wurde Geld stetig von unten nach oben verteilt. Der Neoliberalismus beutet alles aus, was zu Geld gemacht werden kann – sogar unser Leben. Es gibt keine Regulierung mehr, auch keine ethisch-moralische. Die Regierungen beschließen Gesetzte von oben nach unten am Volk vorbei. Wir sind als Gesellschaft in einen Automatismus der zunehmenden Entfremdung geraten und wie Roboter in sinnlose Arbeitsprozesse eingewoben. Auch das ist eine Pseudo-Realität.

DW: Sie haben nicht nur in der Corona-Zeit Ihren Mund aufgemacht, sondern kritisieren schon lange die Schulmedizin.
C.S.: Weil sie Menschen nur als Maschinen sieht und Patienten auf ihre Einzelteile reduziert. Ich möchte meinen Kollegen nichts Böses unterstellen, denn sie werden bereits während ihres Studiums indoktriniert. Wenn sie von der Uni kommen, sind sie Menschen-Mechaniker, die Patienten für sie wie Roboter. Das ist leider so gewollt, denn ein Medizinsystem, das ganzheitlich orientiert wäre, würde der Ökonomisierung widersprechen. Es wäre nicht krankheits-, sondern gesundheitsorientiert und präventiv. Doch damit lässt sich kaum Geld verdienen.

DW: Schulmediziner behandeln meist nicht die Krankheitsursachen, sondern nur deren Symptome.
C.S.: Richtig. Dabei liegen die Ursachen für Erkrankungen in komplexen Sphären, etwa in der Biografie des Patienten, in gesellschaftlich-kulturellen Bereichen, in kranken Beziehungsstrukturen. Wenn der Arzt dies nicht als primäre Quelle einer Krankheit sehen und behandeln kann, ist er falsch unterwegs. Schlimmer noch: Wenn ihm deshalb nichts anders übrigbleibt, den leidenden Patienten von seinen Beschwerden zu befreien, bewegt er sich auf sehr dünnem Eis, schließlich hat er einen Eid geleistet: Primum non nocere – er soll dem Patienten zuerst einmal nicht schaden. Klingt zunächst sicher paradox, schließlich versucht der Arzt, die Symptome zu beseitigen. Wenn diese aber Warnsignale sind oder gar natürliche Heilungsversuche des Organismus, ist das Entfernen dieser Symptome schlichtweg ein Fehler, der in die Chronifizierung führt und den Patienten umso mehr schädigt.

»TIEFENINDOKTRINATION IST WIE EINE IMPFUNG«

DW: Parallel zum Beginn der Corona-Injektionen setzte eine Übersterblichkeit ein, die bis heute anhält. Hängt diese Ihrer Meinung nach eher mit den Maßnahmen oder mit den Spritzen zusammen?
C.S.: Die Trennung ist nur sehr schwer zu erforschen. Wir haben es mit einem großen Missbrauchs- und Traumaprozess zu tun. Menschen wurden schikaniert, drangsaliert und in sozialer Hinsicht sogar gefoltert. Die Folge sind unzählige ganzheitliche Erkrankungen. Hinzu kommt die hochgefährliche Impfung, deren Folgen, auch langfristig gesehen, man noch nicht absehen kann. Ich sehe die Impfung aber auch biopsychosozial: In ihrer geistigen Ausleitung liegt eine Chance – etwa in der Rückbesinnung zum Menschen, zur Natur, zur Spiritualität. Übrigens: Auch Tiefenindoktrination ist eigentlich wie eine Impfung. Auch da wird etwas in uns eingebracht, das in uns wirkt – wie bei der Covid-Impfung nichts Gutes. Aus meiner Sicht ist die Tiefenindoktrination sogar die größte Gefahr für die Demokratie.

DW: Halten Sie es für sinnvoll, Menschen, die immer noch »Tagesschau« gucken, aufklären zu wollen?
C.S.: Es kostet sehr viel Kraft, Menschen, die in der Angst leben, tiefenindoktriniert und manipuliert sind, von ihrem Weg der Pseudorealität in die Wahrheit zu führen. Das mache ich liebend gerne – mit meinen Klienten und Patienten gegen gutes Geld, nicht jedoch mit Leuten, die daran nicht interessiert sind. Das ist toxisch, da verbrenne ich zu viel Energie, die ich für positive Dinge benötige, wie zum Beispiel dieses Interview mit Ihnen.

DW: Wie beurteilen Sie es, dass der WHO mit dem Pandemievertrag künftig erheblich mehr Macht eingeräumt werden soll? Ihr Kollege Prof. Dr. Dr. Martin Haditsch sprach neulich von »Faschismus pur«.
C.S.: Ich stimme ihm zu, auch in seiner Wortwahl. Der WHO-Pandemievertrag ist eine nächste Stufe der Kontrolle, Machtausübung, Freiheitsberaubung, Gleichschaltung und Maschinisierung der Menschheit. Stichwort Transhumanismus: Wenn man uns totalitär vorgibt, was wir zu tun haben, ist der Weg zur menschlichen Maschine nicht mehr weit.

DW: Herr Professor Schubert, wir danken Ihnen für das Gespräch.

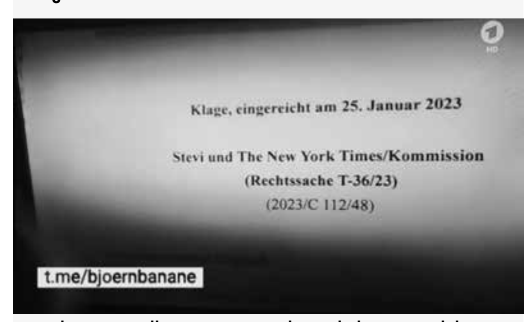


Das Letzte – von Anselm Lenz

GESCHÄTZTE DAMEN, NICHT ZU VERACHTENDE HERREN! HALLO KINDER!

Die EU-Strukturen und die darin befindlichen Verbrecher wie etwa Ursula »Flintenuschi« von der Leyen sind ganz offensichtlich aktiv planende Mittäter der Corona-Lüge. Das ist keine große Neuigkeit. Neu ist, dass das asoziale Pack von der ARD nun darüber berichtet.

»In Bezug auf die Impfstoffe von Pfizer ist zu erkennen, dass die europäische Kommission und auch die Mitgliedsstaaten – denn die haben ebenfalls mitgewirkt – gegen den Europäischen Vertrag verstoßen haben«, so Michèle Rivasi in der ARD-Sendung Plusminus am Mittwoch, 16. August 2023. Rivasi ist von den französischen Grünen.



ARD-Plusminus will jetzt was rausgekriegt haben – mit dabei ein US-Blatt, das sogar gegen die Uschi klagt. Foto: Björn Banane

Doch »die Kommission macht sich noch nicht einmal die Mühe zu begründen, warum sie die Verträge nicht offenlegt«, führt Volker Bohme-Neßler, Professor für Öffentliches Recht, Medien- und Telekommunikationsrecht an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, in der Sendung aus. Ausgerechnet das US-Lügenblatt New York Times wolle auf Herausgabe von Textnachrichten der Uschi klagen, mit der diese die Spritzendeals eingefädelt habe, wie schon damals als Militärministerin.

Das heißt: »Baum fällt!«, wenn auch langsam, unser Sieg rückt jedenfalls näher. Erwähnten wir, dass wir für uns und unsere treuen Mitstreiterinnen (m/w) in überschaubarer Zukunft die national und weltweit höchsten öffentlichen Auszeichnungen erwarten, dazu tagelange Ehrungen, zentral postierte geschmackvolle Denkmäler und Parks mit Erholungswert, nach uns benannte Alleen und Journalistikseminare? (Das ist zu 100 Prozent ernstgemeint.)



Wir drucken! Ab 25. August 2023 tritt das neue EU-Zensurgesetz gegen das Internet in Kraft. Foto: Lenz

Wir wären Ihnen jedenfalls erstmal sehr verbunden, wenn Sie das Abonnieren dieser Zeitung oder deren Förderung weiterempfehlen würden, siehe DemokratischerWiderstand.de oder HIER und bald an jedem Kiosk!

Freundlich achtungsvoll
mit demokratischen Grüßen,

Anselm Lenz
Journalist & Verleger, Gründer der neuen Demokratie- und Friedensbewegung seit 28. März 2020

Wann kommt die Sechste Republik?

Die frankreichweite Revolte ist abgeflaut. Aber unter der Oberfläche brodelt es weiter. Kann sich die fünfte französische Republik noch halten? DW-BERICHT und AUFARBEITUNG in mehreren Teilen von Anselm Lenz aus Clermont Ferrand und Berlin (Teil 5)

Eine Woche zuvor hatten motorisierte Inlandstruppen einen Falschfahrer namens Nahel M. erschossen, was noch am selben Tag zu Großdemonstrationen und dem Ausbruch des französischen Bürgerkrieges führte. Vorweggegangen waren Jahrzehnte sozialer Konflikte, kultureller Diskrepanzen und ökonomischer Spaltung.

Unsere Schriftstellerfreunde Serge und Hermineh sehen im Gespräch auch Hoffnungsvolles. Nach dem Einsatz von Terrordiensten von Staat und Konzernmedien zur Entstellung der neuen französischen Revolution, drei Tage nach dem Beginn des Bürgerkrieges am 27. Juni 2023, machen die beiden eine gute Reaktion der französischen Jugend aus. Hermineh nippt am Rooiboschtee, wir sitzen in Clermont. Hier ist es nicht ruhig, aber der Betrieb im Kaffeehaus scheint ungestört abzulaufen.

Gute Reaktion? Studentinnen (m/w), die von Art und Erscheinung her vor Jahren auch bei den Verfassungsgebenden Versammlungen von »Nuit Debout« (nachts aufgewacht) hätten dabei sein können, veranstalteten am 4. Juli 2023 eine Demonstration – mehr einen Aufstand – vor dem Lyoner Gerichtsgebäude. Der umstrittene französische Präsident Emmanuel Macron hatte den Einsatz der eigentlich laut politischer Verfassung unabhängigen Justizapparates gegen die Jugendlichen, gegen die Gelbwesten, im Grunde gegen das Volk insgesamt verkündet. Der Effekt: Frankreich »produziert« eine abgestoßene Generation nach der nächsten.



Spontandemonstration gegen die französische Regimejustiz beim Lyoner Gericht am 4. Juli 2023: Foto: Anonym

GELBWESTEN UND JUGEND

»Auch die Effekte der Konzernagenden von Fridays for Future und die Gendersex-Kampagne sind verpufft«, freuen sich Serge und Hermineh, die als die erfolgreichsten politischen Essayisten der Gegenwart weltweit gelten müssen. Die Manifeste der Autorengruppe Unsichtbares Komitee (zuletzt: »Anonym«) schlüsselten die Unzufriedenheit und den Widerstand der Jugend der Welt auf, dabei im Ansatz strikt im anarchosozialistischen »Rot und Schwarz« gehalten, das sozialen Ausgleich und die Freiheit der wahren Citoyens im – durchaus romantisch angehauchten – Kampf verbindet. (Wohlgemerkt: Es handelt sich um Literatur, nicht um die Aufstände selbst. Der Autor muss dies ja neuerdings sogar im Feuilleton hinzuschreiben angesichts des geistigen Niedergangs der BRD-Funktionäre, die unter einer kollektiven Ich-Welt-Störung leiden und sogar international renommierte Pädogogprofessoren wie Rudolph Bauer für Heartfield-Montagen überfallen lassen; DW berichtet.)

Dann dies: Wie auf Meldung der Zeitung *La Marseillaise* am 4. Juli bekannt wird, ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag nach der Erschießung Nahel M.s ein weiterer Mann durch ein Projektil der französischen Inlandseinheiten am Brustkorb getroffen worden und daran vorstorben. Er soll 27 Jahre gewesen sein. Die verharmlosend *Flash-Balls* (Blitz-Bälle) genannten Hartgummigeschosse, die beim Einsatz von Inlandstruppen gegen das eigene Staatsvolk zum Tragen kommen, galten zuvor bereits als höchst umstritten. Macron forderte am selben Tag in einer fürstlich aufgemachten Pressekonferenz die »Rezivilisierung« – und kündigte »Sanktionen gegen Familienmitglieder der Randalierer« an.

SIPPENHAFT UND GENERALSSTAB

Ein »Brandbrief der Generäle« hatte zuvor konstatiert: »Die Gewalt steigt von Tag zu Tag«, so heißt es im Text unter Verweis auf den Mord an den Lehrer Samuel Paty im Oktober 2020, einem 47-jährigem Familienvater, der Mohammed-Karikaturen im Unterricht gezeigt hatte und deshalb von einem Islamisten auf offener Straße in einem Pariser Vorort enthauptet worden war. Der Aufruf schließt mit den Worten: »Es ist keine Zeit mehr zu zögern, sonst wird der Bürgerkrieg dem wachsenden Chaos ein Ende bereiten und die Zahl der Toten (...) in die Tausende gehen.« Es durchziehen also mehrere Konfliktlinien das französische Volk, wobei das französische Militär wohl kaum auf die demonstrierende Jugend und die Gelbwesten losgehen würde – man muss dazu sagen: Die sind überwiegend weiß. Für Serge und Hermineh steht fest, dass eine Spaltung des französischen Volkes, das die Nationalität seit Jahrhunderten nicht an Aussehen und Abstammung bindet, nicht im großen Maßstab gelingen wird. Aber für die mediale Hetze steht diese letzte Option bereit. Doch die Franzosen sind im Schnitt nicht ganz so blöd: Sie wissen, wer ihnen mögliche Verfehlungen bei der Massenmigrations- und Kolonialpolitik eingebrockt hat – und dass dies nicht die einzelnen Migranten selbst waren, die im obigen Fall in der Tat am falschen Platz sind. Mit Anarchisten kann kann man trotzdem keine gescheiterte Realpolitik »retten«. Warum auch? Es ist objektiv vorbei. Die massenmörderische und neofaschistische »Selbstrettungslüge« Corona ist krachend gescheitert. Der Krieg gegen Russland geht nicht gut. Das Volk steht auf.

MIT THATCHER UND STALIN GEGEN DIE SEELEN

Das Konspirationistische Manifest, erschienen in deutscher Originalübersetzung im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin, verweist auf den Krieg der lügenden Medienkonzerne gegen die Seelen: »In einem Interview zum zweijährigen Jubiläum ihrer Machtübernahme gab Margaret Thatcher, die Tochter eines Methodistenpredigers, Folgendes von sich: ›Die Wirtschaft ist die Methode; das Ziel ist es, die Seele zu verändern.‹«

Die »anonymen« Autoren schilder weiter: »Als Gorki in sein Geburtsland zurückkehrte, hielt Stalin, ein ehemaliger Seminarist, den Intellektuellen, die sich zu Ehren des Schriftstellers versammelt hatten, eine Predigt mit dem berühmten Ausspruch: ›Die Produktion von Seelen ist wichtiger als die von Panzern. [...] Darauf kommt es an: die Produktion von menschlichen Seelen. Und deshalb erhebe ich mein Glas auf euch, Schriftsteller, auf die Ingenieure der Seele.‹

In diesem Punkt der Bedeutung der Seele waren sich Thatcher und Stalin zumindest einig. Wahrscheinlich gibt es noch viele weitere. Die Sache der Seele ist mehr denn je eine politische, ja sogar eine strategische Frage. Man neigt dazu, die Seele als den Inbegriff der Innerlichkeit und damit als etwas äußerst Individuelles zu betrachten. [Aber] kaum eine Frage wird so missverstanden wie diese.«

➔ Fortsetzung in Ausgabe 145

Neu! VERANSTALTUNGSKALENDER

01.07.-31.10.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, wichowaka@outlook.de

22.08.2023 • Bad Zwischenahn; Forum Schulzentrum, Humboldtstr. 1 • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr • Tickets vor Ort 15€, für Schüler Eintritt frei • weitere Informationen unter seistolzaufdich.de/eugen-drewermann-vortrag

23.08.-2023 • Annweiler; Restaurant Reiwerle, Flitschberg 7, 76588 Annweiler • VORTRAG • »Entwicklung der Rechtssprechung während und nach den C-Verordnungen« von Dr. Martin Schwab • 17:00 Uhr • Eintritt frei, Reservierung unter info@reiwerle.de

29.08.23 • Saarbrücken; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

30.08.2023 • Hamburg; Theater ADU, Ernst-Mittelbach-Ring 47, 22455 Hamburg • STAND-UP-COMEDY • »Cancelled Comedy Club« von und mit Nikolai Binner • 20:00 Uhr • Tickets: 25,69€ unter eventbrite.de

30.08.23 • Hess. Bergstraße; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

01.-03.09.2023 • Weimar; historisches Schießhaus, Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99423 Weimar • FESTIVAL • »Musik & Wort in Weimar« mit MartinaGebhardtQuartett, Votum, Lauschkonzert, Ulrike Guérot & Gabriele Gysi, Hans-Joachim Maas, Jens Fischer-Rodrian, Uli Masuth und vielen anderen Künstlern • Beginn 19:00 Uhr • Tickets unter: dasfestival.eu

02.09.2023 • Lebendorf »Sachsen-Anhalt, bei Könnern « • SOMMERFEST/ KONZERT • »Friedenskonzert« mit Björn Banane und Yann Song King • ab 16:00 Uhr • Eintritt: 25€ unter 18 Jahre Eintritt frei • Vorverkauf unter www.bernburg-steht-auf-ev.de

12.09.2023 • Hamburg; Die Burg – Theater am Biedermannplatz 19, 22083 Hamburg • FAIR–TALK • »Klima-Narrative – Zwischen Alarmismus und Wissenschaft« Jens Lehrich im Gespräch mit Markus Fiedler, Anthony Lee, Michael Limburg und Felix Feistel • 19:30 Uhr • Tickets ab 25€ unter reservix.de/tickets-fair-talk-tv/t19041 oder adticket.de/Fair-Talk-Live-on-Tour.html

13.09.2023 • Hamburg; Die Burg – Theater am Biedermannplatz 19, 22083 Hamburg • FAIR–TALK • »Tiefer Staat – Verdeckte Operationen und investigativer Journalismus« Jens Lehrich im Gespräch mit Dirk Pohlmann, Jutta Rabe, Patrik Baab und Mathias Bröckers • 19:30 Uhr • Tickets ab 25€ unter reservix.de/tickets-fair-talk-tv/t19041 oder adticket.de/Fair-Talk-Live-on-Tour.html

14.09.2023 • Hamburg; Die Burg – Theater am Biedermannplatz 19, 22083 Hamburg • FAIR–TALK • »Die Macht der Worte – Neusprech, Wortverbote, Sprachvorschriften. Wie politisch korrekt spricht Deutschland?« Jens Lehrich im Gespräch mit Peter Hahne und weiteren • 19:30 Uhr • Tickets ab 25€ unter reservix.de/tickets-fair-talk-tv/t19041 oder adticket.de/Fair-Talk-Live-on-Tour.html

23.09.2023 • Templin; Seniorenlandsitz „An der Buschheide", Dargersdorfer Str. 123, 17268 Templin • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt in der Zeitenwende« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr • Voranmeldung in Form einer Überweisung von mindestens 5€ auf das Konto des FEBiD e.V., Volksbank Uckermark GENODEF1PZ1, IBAN: DE59 1509 1704 0121 8687 09

25.09.2023 • Bad Dürkheim; Salierhalle, Kurbrunnenstr. 32, 67098 Bad Dürkheim • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab !8:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DIE BESTEN BÜCHER

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



MINIMA MORTALIA

Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 9783982274508 t



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



FRISCHER WIND AUS DEM OSTEN

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Holger Friedrich bleibt ein Aufreger. Meidet »den Kontakt mit den meisten Journalisten«, hat der Verleger der *Berliner Zeitung* in der *Financial Times* allen geraten, die in der Öffentlichkeit stehen, und damit erneut den Berufsstand erbost.



Er kommt aus dem Westen: Prof. Rudolph Bauer wurde von Karl Lauterbach verklagt (DW 141). Am 10. August 2023 drangen nun teils bewaffnete und mit Schutzmasken ausgestattete Staatsmitarbeiter in sein Haus ein. Man wirft ihm vor, mit seinen künstlerischen Warnungen vor dem Faschismus den Nationalsozialismus zu »verharmlosen«. Fadenscheinig. Bauer war für einige Ausgaben DW-Mitherausgeber! – Werden die Kollegen der Berliner Zeitung berichten? Foto: Nachdenkseiten

»Wieder einmal macht er sich im Grunde unmöglich«, schreibt Anna Ernst in der *Süddeutschen Zeitung*. »Schließt er da von sich auf die Leute, die für ihn arbeiten? Wie will er eigentlich ein Geschäft führen, das er verächtlich macht? Womöglich aus einem ganz banalen Grund: weil er es nie verstanden hat. Womöglich sagt dieser eine Satz mehr über diesen Verleger aus, als es seine Besinnungstexte in der *Berliner Zeitung* je vermochten.«

Der Text in der *Financial Times* steht hinter einer Bezahlschranke. Wer den einen Euro zahlt, findet einen Zeitungsmacher, der ziemlich genau weiß, wovon er spricht. Die Medienlandschaft hierzulande? Doppelmoral, westdeutsche Hegemonie und engstirniges Gruppendenken. Die Aufgabe der Presse? Öffentlichkeit herstellen. Russland-Unterstützer, sagt Friedrich, verdienen es, gehört zu werden – genau wie Impfskeptiker und alle anderen Gegenstimmen. Und das Publikum? Sehr wohl in der Lage, sich selbst einen Reim auf all das zu machen. Holger Friedrich, Jahrgang 1966, ist in der DDR aufgewachsen und als IT-Unternehmer reich geworden. Den Kauf der *Berliner Zeitung* im September 2019 beschreibt er heute als »romantische Gelegenheit«. Der *Flirt* hat ihn zwar eine Stange Geld gekostet, scheint aber langsam Früchte zu tragen. 1,2 Millionen Euro Gewinn im letzten Jahr, Tendenz steigend. Vor allem *online* wächst die Leserschaft. Unter den Leitmedien ist die Seite einzigartig.

Die Etablierten haben den Eindringling vom ersten Tag an bekämpft – erst wegen eines Loblieds auf Egon Krenz, dann wegen einer Stasigeschichte und in jüngster Zeit eigentlich andauernd. Holger Friedrich hat das Wagenknecht-Schwarzer-Manifest unterzeichnet, war am 9. Mai in der russischen Botschaft und streitet sich mit der Branche gerade über den Quellenschutz. Es könne nicht sein, sagt Friedrich, dass die Medien jeden kritisieren, aber selbst alle Regeln brechen. Die Journalisten sollten dankbar sein, dass es diesen Verleger gibt.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



SPORT MIT BERTHOLD

DIE BESTEN, NICHT DIE BEQUEMSTEN

Warum ist in Deutschland gerade in allem »der Wurm drin«? Auch der deutsche Sport ist in einer Dauerkrise. Zuletzt kamen auch die Fußball-Damen nicht über die Vorrunde eines großen Turniers hinaus.

Sie haben sich wie die Männer auch mit der Regenbogenbinde beschäftigt. Anscheinend möchte der DFB den Weltfussball politisch aufklären. Die anderen Nationen interessiert das aber nicht, sie konzentrieren sich auf das Wesentliche – das Fußballspielen.

Meine Diagnose: Der Nimbus der Unbesiegbarkeit ist schon lange weg und die Wahrheit liegt immer auf dem Platz. Dieser Verband benötigt eine Grundsanierung. Es geht um die ganzen Strukturen im deutschen Fußball inklusive der Landesverbände.

Eitelkeiten, persönliche Vorteilsnahme, Klüngelei begleiten den deutschen Fußball schon über Jahrzehnte. Die Erfolge der Vergangenheit haben vieles verdeckt.

Im Fußball wie auch in anderen Bereichen: Es müssen die Fähigsten und Besten in die Schlüsselpositionen, nicht die Nettesten und Bequemsten!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



NEUE GÖTZEN, ALTER SPIRIT?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S. U. I.

Wir Menschen sind spirituelle Wesen. Wenn wir Gott vergessen, sind wir schutzlos alten Götzen ausgeliefert, die unsere Unterwerfung fordern.

Teil 2 – Götze Geld (Götze Sex: DW 138)
Götzen tarnen sich heute mit Ideologien, Zeitgeist oder »Werten«, die ganze Gesellschaften prägen und in ihren Bann ziehen. Viel Böses geschieht, weil Geld- und Besitz-Vermehrung mit Gewinnmaximierung und Leistungsoptimierung zu obersten Werten erklärt wurden. Maßlos regiert Geld, Gier und Geiz die Welt. Dem Mammon-Götzen wird fleißig geopfert: das Gewissen mit Werten wie Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Fairness, Wahrheit und Ehrlichkeit. Wo Wirtschaftsberichte diesen maßlosen Wucher offenlegen, zeigt der Götze seine menschenverachtende Fratze. Ein selbstkritischer Blick aber zeigt: Wir Menschen sind gefährdet, der Faszination der Versuchung des »immer mehr« zu erliegen.

EIN PAAR BLICKE IN DIE BIBEL GEBEN ORIENTIERUNG

1) Geld und Besitz sind grundsätzlich neutral. Wir Menschen sind bedürftige Wesen und brauchen zum Leben materielle Güter. Persönlicher Wohlstand ist gut. »Ehre den Herrn mit deinem Vermögen, mit dem Besten von dem, was du erntest! Dann füllen sich deine Scheunen im Überfluss, deine Fässer laufen über von Most.« (Sprüche 3,9-10)

2) Geld und Besitz sollen durch sinnvolle Arbeit erworben werden oder einem gerecht zufallen, zum Beispiel durch Erbe. Unsere Rechtssysteme haben viele Regularien geschaffen, die andere Formen von »Geldvermehrung« möglich machen – aber dadurch andere Menschen systematisch berauben. Wenn sich Geld anscheinend »von selbst« vermehrt (Zins-, Aktien- und Aktionärs-Systeme, entgrenzte Besteuerungen) oder »Arbeit« teils extrem unterschiedlich und fernab jeglicher Logik bewertet wird (zum Beispiel Aufsichtsräte, Aktionäre), dann gilt die Mahnung: »Fürchte deinen Gott und dein Bruder soll neben dir leben können. Du sollst ihm weder dein Geld noch deine Nahrung gegen Zins und Wucher geben.« (3Mose 25,36f)

3) Geld und Besitz sollen im Dienste Gottes und somit im Dienst der Menschen stehen und haben keinen eigenen Selbstwert. Der Rat Jesu lautet: »Sammelt euch nicht Schätze hier auf der Erde, wo Motte und Wurm sie zerstören und wo Diebe einbrechen und sie stehlen, sondern sammelt euch Schätze im Himmel, ... denn wo dein Schatz ist, da ist auch dein Herz.« (Matthäus 6,19f).

Leisten wir Widerstand gegen diesen Mammon-Götzen und sammeln Schätze, die ewig bleiben.

Die Autorin veröffentlicht anonym, da ihr Arbeitgeber eine namentliche Mitarbeit in dieser Zeitung ablehnt. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»FALLS FREIHEIT ÜBERHAUPT IRGENDETWAS BEDEUTET, DANN BEDEUTET SIE DAS RECHT DARAUF, DEN LEUTEN DAS ZU SAGEN, WAS SIE NICHT HÖREN WOLLEN«
GEORGE ORWELL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*